25 August 1994

Nr. 297



**Die Gefangenen
und Untergetauchten
brauchen unsere
Solidarität und Unterstützung!**

Am 20. September
beginnen die Prozesse

INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM

Während einige aus dem Urlaub zurückkommen, fahren andere, die hier waren, nach hause. Wir sagen: Schade, Ciao, Auf Wiedersehen!
Euch allen eine Schoki als Entschuldigung für die schlechte Druckqualität der letzten Ausgabe zukommen zu lassen, triebe unser Blatt in den Ruin. Nehmt den Willen für die Tat.
Das Interview mit den Untergetauchten ist in der neuen radikal besser zu lesen.
Das Papier zu Stauffenberg & Co. ist im Heft, weil es u.E. anschaulich zeigt, wie über ein Umschreiben der Geschichte die Bestimmung der Zukunft versucht wird.
Ob der Eintritt ins 21. Jahrhundert nun stattfindet und vor allem wann, wird dieses Wochenende in Kassel diskutiert. Wir wünschen Euch, daß es nach vorne geht und daß der Kongreß tanzt.
Und denen, für die das Grauen Schule wieder anfängt, viel Power.

Drin:

RÖÖRTZ

Nicht drin (Ordner):



Impres

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

8. September



Am 8.September findet vor dem Brandenburger Tor der erste Große Zapfenstreich einer deutschen Armee in Berlin seit dem Ende des 2. Weltkriegs statt. Abends um 21.30 werden die drei Westallierten symbolisch die volle militärische Souveränität an die Bundewehrsportgruppe Rühe am Brandenburer Tor übergeben.

Die Bundeswehr soll nach den Vorstellungen der NATO und der herrschenden Politiker von CDUSPDFDPGRÜNE weltweit militärisch die Interesse der Kapitalisten bei sogenanten "Friedensschaffenden Maßnahmen" absichern. Neben diesen "Out of Area"-Einsätzen wird die neue Bundeswehrsportgruppe zudem ein neues furchtbares Waffenarsenal bekommen. Mit dem Auslaufen des Atomwaffensperrvertrages erhält die deutsche Armee zukünftig den direkten Zugriff auf Atomwaffen, ohne vorher andere NATO-Partner fragen zu müssen.

Mit dem 8.September wird Berlin als Hauptstadt wieder der Aufmarschplatz für die reaktionären Kräfte. Nach der Eröffnung der Neuen Wache und der Gedenkfeier am 20. Juli wird zum wiederholten Mal versucht, an preußische, wilhelminische und nationalsozialistische Tradition anzuknüpfen.

Wir wollen diese Militaristen hier in der Stadt nie wieder haben. Uns reicht schon die Anwesenheit der vier Allierten und sind froh, daß sie endlich abhauen. Wir haben entschieden was dagegen, daß sich jetzt die mit Nationalisten und Neonazis durchsetzte Bundeswehr hier breit macht.

West-Berlin war Jahrzehnte ohne deutsche Soldaten, dafür die Stadt der Kriegsdienstverweigerer und Wehrdienstflüchtigen. Mehere Jahre wurden die Allierten Truppenparaden am 17.Juni von KriegsgegnerInnen gestört. Jezt nach dem Verschwinden des Warschauer Pakts ware die historische (wenn auch kleine) Chance, endlich die NATO aufzulösen und damit auch die Bundeswehr abzuschaffen.

Nach dem Fall der Mauer mußten für eine kurze Zeit die ehemals Ostberliner Jugendlichen nicht mehr "zur Fahne". Immer wieder werden zur Einberufungszeit für die Bundeswehrsportgruppe die Züge auf den Bahnhöfen von AntimilitaristInnen blockiert. Wir haben keinen Bock auf diese Scheiß-Armee und diesen Scheiß-Staat!

Dieser erste Große Zapfenstreich der Bundeswehr an der Aufmarschstätte deutscher Imperialisten und Kriegstreiber darf nicht ungestört ablaufen.

Wir sollten massenhaft hör- und sehbar machen, daß es einen Widerstand gegen die militärischen Großmachtpläne von Rühe, Schäuble, Kohl, Scharping und Konsorten gibt!

Deshalb kommt am 8. September zum Brandenburger Tor!

Zapfenstreich

Genauer Aufruf folgt noch **einige Autonome**

Und sie marschieren wieder...

GROßES MILITÄRSPEKTAKEL der BUNDESWEHR am Brandenburger Tor

Unsere schlimmsten Befürchtungen scheinen sich bewahrheitet zu haben: am Donnerstag, den 8. September 1994, wird die BUNDESWEHR definitiv ihren "Großen Zapfenstreich" in Berlin durchführen. Und zwar nicht wie ursprünglich geplant an der Peripherie im Olympiastadion und auch nicht direkt mit den geliebten Westalliierten, sondern als krönender Abschluß eines Marathon-Jubeltages, an dem sich "Großdeutschland" einmal mehr zu feiern wünscht (siehe auch Artikel unten), um 21.30 Uhr am Brandenburger Tor.
Wahrlich, für den ersten großen Auftritt der Bundeswehr in der neuen alten Hauptstadt konnte kein besserer als dieser Ort erwählt werden. Wenn Fackeln das Dunkel erhellen, stramme Soldatenstiefel den Aspahlt treten und als der Zeremonie letzter Akt wieder das "Lied aller Deutschen" erklingen soll. Denn in einem Jahr, indem sich zu "humanitären Engeln" mutierte deutsche Truppen erneut in Afrika tummeln, das Bundesverfassungsgericht Kampfeinsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Territoriums als zulässig befindet und am Tag der Befreiung Frankreichs über die Champs-Ellysees Panzer mit dem Eisernen Kreuz rollen, aus denen in Fleckentarnuniformen gehüllte Bürger ragen (ja, ganz so wie einst die "Elitesoldaten" der Waffen-SS), da möchte man(n) sich auch im eigenen Land wieder präsentieren und zeigen können - der letzte Versuch nämlich, am 6. Mai 1980 im Bremer Weserstadion, ging gründlich daneben und endete im Desaster. Doch nun wittern unsere Militärs Morgenluft...

Diese ganze heikle Angelegenheit riecht sehr nach Testballon: Wie groß ist die Akzeptanz und Begeisterungsfähigkeit der zu manipulierenden Gesellschaft für den neuen Stil der Außenpolitik , für symbolhafte Militärspektakel inmitten der Hauptstadt, für Truppen, die vor geschichtsträchtiger Kulisse zu schneidigen Tönen aufmarschieren... Relikte einer längst vergangen gehofften Zeit. Aber wenn Sie ihre widerwärtige Show unbehelligt durchziehen können, dürfte ihre "Zurückhaltung" vollends der Vergangenheit angehören.

Wir rufen daher alle auf, sich diesem Treiben der Eliten aus Militär, Wirtschaft und Politik entgegenzustellen!! Laßt dieses dreiste Spektakel der BUNDESWEHR nicht ungestört ablaufen, greift ein, seid laut!!!

Vorbereitungstreffen der DEMO zum 8. September:

Donnerstag, 25. AUGUST 20.oo Uhr

im "Haus der Demokratie" RAUM 205 Friedrichstraße 165

Zapfenstreich am Brandenburger Tor

Abschiedsfeiern: Jelzin kommt am 31. August, die West-Alliierten am 8. September

Der russische Präsident Boris Jelzin wird am 31. August im Rahmen der Abschiedsfeiern für die Alliierten als erstes ausländisches Staatsoberhaupt einen Kranz an der Neuen Wache niederlegen. Dies teilte Senatssprecher Michael-Andreas Butz gestern mit.

Die russischen Streitkräfte werden als erste und getrennt von den West-Alliierten verabschiedet. Am 31. August kommt Präsident Jelzin in die deutsche Hauptstadt. Geplant sind ein Festakt im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt, bei dem der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU), Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Jelzin Abschiedsreden halten werden.

Gedenkfeier in Treptow

„1 100 Ehrengäste sind eingeladen", so Butz. Das Berliner Symphonische Orchester soll die richtigen Töne finden, anschließend versammeln sich die Politiker und ihre Gäste am sowjetischen Ehrenmal in Treptow. Dort findet ein großes militärisches Zeremoniell statt. Dann wird Jelzin zunächst am russischen Ehrenmal im Tiergarten einen Kranz und einen zweiten an der Neuen Wache niederlegen. „Als erstes ausländisches Staatsoberhaupt", betonte Butz gestern. Die Neue Wache war als zentrale deutsche Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im November 1993 eingeweiht worden.

Jelzin wird sich auch in das Goldene Buch der Stadt eintragen und danach den Berlinern vom Balkon des Roten Rathauses zuwinken. „Der Tag wird mit einem Empfang des Präsidenten in der russischen Botschaft ausklingen", berichtete Senatssprecher Butz. Nach seinen Angaben werden bis zu diesem Tag noch rund 2 100 russische Soldaten in Deutschland sein: in Wünsdorf, Frankfurt/Oder, Sperenberg und Berlin. Die Berlin-Brigade werde als letzte am 1. September mit der Bahn nach Moskau abfahren und dort am 3. September auf dem Weißrussischen Bahnhof empfangen.

Wenige Tage später, am 8. September, werden der französische Präsident Francois Mitterrand, der britische Premierminister John Major und der amerikanische Vizepräsident Al Gore in Berlin erwartet. Der Regierende Bürgermeister Diepgen und Bundeskanzler Kohl wollen ihre Gäste im Vorhof des Charlottenburger Schlosses begrüßen, danach wird in der Orangerie zu Mittag gespeist. Höhepunkt der Abschiedsfeiern: die Gedenkfeier am Luftbrückendenkmal. Dort werden die drei ausländischen Staatsgäste ihre Reden halten. „Bei der Feier sollen Veteranen, Piloten und Personal der Luftbrücke aus allen drei Ländern im Mittelpunkt stehen", sagte Butz. Am Nachmittag stehen ein Festakt – wieder im Schauspielhaus – und die Eintragung ins Goldene Buch auf dem Programm.

Berliner eingeladen

Für den Abend haben sich Berlins Gastgeber dann noch etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Um 21.30 Uhr spielt die Bundeswehr zum Großen Zapfenstreich auf. „Die Berliner und Berlinerinnen sind dazu herzlich eingeladen", sagte Butz. 20 000 Menschen finden rund um das Brandenburger Tor Platz. cri

BERLINER ZEITUNG 11.8.94

Achtet auf weitere, auch kurzfristige Ankündigungen!!!



Euch die Macht - uns die Nacht!!

DER 20. JULI: AUF DEM WEG ZUR MODERNISIERUNG DES NATIONALSOZIALISMUS

Am 20. Juli 1994 jährt sich zum 50igsten mal der Tag des Stauffenberg-Attentates auf Hitler. Wie in der Vergangenheit wird auch dieses Jahr in Gedenkfeiern und -reden wieder dem 'deutschen Widerstand' gehuldigt werden, wird betont werden, daß die 'Männer und Frauen des 20. Juli' mittels ihrer moralischen Rigidität und ihrem Mut für das 'bessere Deutschland' stünden.

Am 20. Juli 1944 war die ArbeiterInnenbewegung schon lange zerschlagen und die parlamentarische Demokratie abgeschafft, die Nürnberger 'Rassengesetze' existierten seit neun Jahren, die jüdische Bevölkerung und andere Bevölkerungsgruppen waren seit 1933 ausgegrenzt und verfolgt worden, umliegende Länder waren ins großdeutsche Reich 'heimgeführt' worden, die Reichspogromnacht als Auftakt der Judenvernichtung war fast sechs Jahre her, der Überfall auf Polen und der Beginn des Weltkrieges fast fünf, der Angriff gegen die Sowjetunion hatte zwei Jahre vorher stattgefunden, die Wannseekonferenz lag eineinhalb Jahre zurück, zig Konzentrationslager wurden zu diesem Zeitpunkt teilweise mehr als zehn Jahre betrieben, die Deportation und Vernichtung der Juden und Jüdinnen war seit längerem im Gange. All diese Ereignisse geschahen im großdeutschen Namen und Interesse, all diese Ereignisse brachten keinen nennenswerten Widerstand in Deutschland hervor, die formierte 'Volksgemeinschaft' funktionierte. Und die späteren 'Verschwörer des 20. Juli' erfüllten zumeist deutschtreu ihre Pflicht, wenn der eine oder die andere vielleicht auch manchmal darüber sinnierte, ob das alles Deutschland wirklich nützt.

Allerdings hatte es bis zum 20. Juli 1944 einige wesentliche Ereignisse gegeben, die für den Handlungsdruck der 'Verschwörer des 20. Juli' bedeutsam waren: die Niederlage von Stalingrad und der damit verbundene Vormarsch der Roten Armee im Osten; die alliierten Bomben, die die deutsche 'Volksgemeinschaft' damit konfrontierten, daß es jetzt *ihnen* an den Kragen ging und die Landung der westlichen Alliierten in der Normandie. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war augenfällig geworden, daß Deutschland militärisch geschlagen war und es jetzt darum ging, 'Widerstand' zu leisten, um Deutschland nicht völlig dem Untergang preis zu geben. Die hohen Wehrmachtsoffiziere, NS-Bürokraten und zivilen großbürgerlich-konservativen Eliten, die ehemals die Nazis in den Sattel gehoben hatten und in der Regierung der *"nationalen Erhebung"* mit Hitler kooperiert hatten, wollten jetzt den *"Erzfeind Deutschlands"* (so der Mitverschwörer Henning von Treskow) loswerden, um der Nation eine moralische Legitimation für eine weitere Existenz zu verschaffen.

Der 20. Juli 1944 bot in der Vergangenheit wie kaum ein anderes Ereignis die Gelegenheit, nach der Niederlage des Nationalsozialismus deutschen Nationalismus und 'Zivilität' geschickt miteinander zu verknüpfen. Der '20. Juli' wurde zum Allheilmittel gegen deutsche 'Schuldkomplexe' und alliiertes Mißtrauen, half alle Kollektivschuldthesen zurückzuweisen, und erhielt so den moralischen Anspruch auf die Fortexistenz einer antikommunistischen Großmacht Deutschland, der durch Kriegsniederlage und alliierte 'Fremdbestimmung' gefährdeten deutschen Nation.

Aber trotz allem Pathos, mit dem jährlich der '20. Juli' in der BRD begangen wurde, wollten die deutschen StaatsbürgerInnen die Sache nicht so Recht zu ihrer machen. Die Neu-Rechten Historiker Klemperer, Syring und Zitelmann kommen - ähnlich wie die "ZEIT"-Herausgeberin Dönhoff und viele andere, die zum '20. Juli' publiziert haben - in ihrem Band *"Für Deutschland - Die Männer des 20. Juli"* zu dem Urteil, daß *"das jährliche offizielle Gedenkritual nicht darüber hinwegtäuschen (kann), daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nur wenig mit dem 20. Juli anzufangen weiß."*

Der Hauptgrund dafür, daß deutsche BürgerInnen dem '20. Juli' nicht so richtig gedenken mochten, lag - außer daß Verrat am Führer bei vielen lange Zeit Unbehagen hervorrief - darin, daß es im Sinne der patriotischen Motive eben eine Niederlage war: Deutschland wurde trotz des Versuchs, Hitler im letzten Moment zu beseitigen, besetzt und geteilt und wäre es wahrscheinlich auch bei einem geglückten Attentat geworden. Stauffenbergs letzte überlieferte Worte: *"Es lebe das heilige Deutschland"* mußten angesichts der deutschen Niederlage fast 5o Jahre völkische Utopie bleiben.

Für eine Anknüpfung an die eigentlichen *Inhalte* des '20. Juli' boten die Rahmenbedingungen der alliiert-kontrollierten BRD keinen Anlaß; der 'deutsche Weg' war versperrt. Der Wahrnehmung deutscher Interessen blieb immer der Rechtfertigungsdruck gegenüber den Alliierten vorgeschaltet. Die '20. Juli'-Prozeduren mußten deshalb 'halbherzig' bleiben.

Die Überlebenden des '20. Juli' sahen sich weithin politisch isoliert und beklagten, wie Theodor Steltzer und Paulus van Husen, den Weg zur Bonner Parteiendemokratie.

Der Zukunft zugewandt

1994 stellen die Gedenk-Feierlichkeiten einen tiefgreifenden Einschnitt in die Rezeptionsgeschichte des '20. Juli' dar. Das Gedenken zum 50. Jahrestag des Umsturzversuches findet kurz vor dem Staatsbesuch Jelzins im August statt, mit dem der Abzug der alliierten Truppen seinen Abschluß findet. Nun, da die Existenz eines souveränen deutschen Nationalstaates mit hegemonialen Gelüsten wieder Wirklichkeit geworden ist, kann das Gedenken am 20. Juli eine Angelegenheit werden, mit der wirkliche Identifikation herstellbar ist. Es wird heute nicht mehr einer Niederlage, sondern dem Anfang eines nationalen Happy-Ends gedacht. Aus dem Gedenktag wird ein deutscher Feiertag.

Jetzt darf sich der Frage zugewandt werden, wie das 'neue Deutschland'

denn aussehen soll. Ging es zu Zeiten der deutschen Teilung in erster Linie um eine identitätsstiftende Normalisierungsfunktion - die BRD sollte trotz der Rechtsnachfolge des Dritten Reiches ein Staat wie alle anderen auch sein - geht es mittlerweile um den Umbau Deutschlands. Dem 'besseren' folgt das andere Deutschland.

Dafür sind die deutschen 'Patrioten gegen Hitler' gut zu gebrauchen. Wolfgang Schäuble bringt die Veränderung durchaus treffend auf den Punkt, wenn er in seinem im Juni 1994 erschienenen Buch *"Und der Zukunft zugewandt"* die Würdigung der Verschwörer mit der Abkehr von bisherigen Standards der 'Bonner Republik' verknüpft. Nicht mehr das einst als 'Hort der Freiheit' hochgehaltene Grundgesetz soll die Motivation für nationale Identifikation abgeben, sondern die völkische Tatkraft der Deutschen.

"Wie hilfreich ein verinnerlichtes, positives und aufgeklärtes Verständnis von Nation ist, zeigen gerade auch die durchaus national motivierten und im besten Sinne des Wortes patriotisch orientierten Widerstandskämpfer der NS-Zeit. Die Kopfgeburt des Verfassungspatriotismus (! d.V.) *wäre hier ohnmächtig geblieben. Die Frauen und Männer des 20. Juli brauchten keinen Verfassungstext, den sie erst hätten zu Rate ziehen müssen* (! d.V.). *Sie setzten Maßstäbe, und haben es uns Deutschen ermöglicht, unsere Würde wiederzuerlangen, weil sie auch so wußten, welche Werte für das bessere Deutschland stehen, und weil sie danach handelten. Oder klingt es etwa verfassungspatriotisch, was Henning von Tresckow auf die Frage Stauffenbergs, ob angesichts der hoffnungslosen Lage das Attentat auf Hitler politisch und militärisch überhaupt noch Sinn habe, antwortete: «Es kommt nicht nicht nur auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere daneben ist gleichgültig. Der große Wurf muß gewagt werden, um die Lebensehre eines verstörten und verblendeten Volkes zurückzugewinnen»".*

Der 2o. Juli 1994 ist Ausdruck mehrerer Entwicklungen: Einerseits geht es um die Neubewertung der Rolle der Bundeswehr bzw. ihrer 'Missionen'. Dabei wird direkt an die Tradition der Wehrmacht - auch während der NS-Zeit - angeknüpft. Die Verschwörer des '20. Juli' sind das Bindeglied hierfür. In vergleichbarer Weise wurde der '20. Juli' schon in den fünfziger Jahren herangezogen, um die Wiederbewaffnung zu rechtfertigen.

Der Bendlerblock in Berlin war im 'Dritten Reich' Sitz mehrerer Abteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht. Dort war auch ein Großteil der Verschwörer stationiert. Im Hof des Bendlerblocks, dem Ort des Gedenkens, wurden einige Verschwörer am Abend des 20. Juli erschossen. Seit jüngstem ist der Bendlerblock Sitz des deutschen Kriegsministeriums und die Bundeswehr wird bei den diesjährigen Feierlichkeiten massiv vertreten sein.

Andererseits geht es für die deutsche Politik um die Schaffung der Option eines berechenbaren, 'rechtsstaatichen' Systems, das die eigentlichen 'wahren' Ziele der nationalsozialistischen Idee aufgreift, die von Hitler 'verraten' worden seien.

Die Programmatik dieses ausgesprochen deutschen Widerstandes aus 'nationaler Erhebung' und rationaler und vorsichtiger Umsetzung deutscher Großmachtinteressen, autoritärem Staat und Wirtschaftsliberalismus, 'Volksgemeinschaft' und Elite-Herrschaft, idealistischer deutscher Sittlichkeit und Antisemitismus bietet eine Fülle von Anknüpfungspunkten für den **Versuch, den Nationalsozialismus wieder diskutierbar zu machen, ihn auf seine erfolgreichen Seiten abzuklopfen, diese in Politik umzusetzen und national-schädigendes zu entfernen.** Die *"Vertreter eines aufgeklärten deutschen Imperialismus "* (so der Historiker Klaus-Jürgen Müller) sind das ideale Identifikationsobjekt für das, was im neuen Deutschland zur Zeit vorbereitet wird: der dritte - dieses mal besonnener und klüger durchgeführte - große Wurf.

Der '20. Juli' und der Kampf um Deutschlands Interessen

"Für Deutschland" lautete das Leitmotiv der nationalkonservativen Bewegung gegen Hitler. Wenn auch die gesellschaftspolitischen und weltanschaulichen Vorstellungen der 'Männer und Frauen des 20. Juli' teils erheblich voneinander abwichen, so gab es doch eine Reihe von Gemeinsamkeiten. Das gilt z.B. für die 'rasse'- und bevölkerungspolitischen Vorstellungen und dieVerfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, denn *"am Rassegedanken sollte festgehalten werden, soweit dies möglich war"* (Graf Nikolaus Üxküll). Die Distanz zur konkreten NS-Politik lag im wesentlichen darin, daß *"die Vitalität des nationalsozialistischen Staates dazu treibe, Fragen vorzeitig und überstürzt in Angriff zu nehmen. Die gesamten innerpolitischen Maßnahmen, insbesondere in der Juden- und Kirchenfrage, seien zu jäh und übereilt durchgeführt worden"* (so der ehema-

Wer waren die 'Patrioten des 20. Juli'?

Die am Staatsstreich Beteiligten kamen zum größten Teil aus den Offiziers- und Generalsrängen der Wehrmacht. Die Übrigen befanden sich in hohen Verwaltungsrängen des NS-Systems. Vereinzelt waren auch von den Nazis ausgeschaltete Funktionsträger, wie der bis 1933 stellvertretende ADGB-Vorsitzende Leuschner oder der Sozialdemokrat Leber, vertreten. Die politische Prägung des '20. Juli' läßt sich am prägnantesten mit 'nationalkonservativ' umschreiben. Es handelte sich um ein Bündnis aus traditionellen bürgerlichen Eliten der Endphase der Weimarer Republik und aus jüngeren Offizieren, die entweder aus nationaler Besorgnis von Anfang an ein distanzierteres Verhältnis zur NSDAP hatten, aber dennoch mit ihr kooperierten, oder in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre fanatische Mitstreiter der nationalsozialistischen Bewegung waren und auch als Verschwörer gegen die nationalsozialistische Regierung und die SS überzeugte Nationalsozialisten blieben.

Im Verlaufe der Naziherrschaft bildeten sich verschiedene organisatorische Zirkel, die aus Kritik an unterschiedlichen Maßnahmen zu verschiedenen Zeitpunkten begannen, zu der *konkreten* Nazipolitik auf zumeist vorsichtige Distanz zu gehen. So entstand die Beck-Goerdeler-Gruppe in der Auseinandersetzung um die außenpolitische und militärische Strategie Hitlers. Goerdeler war von der Verschwörung als Reichskanzler vorgesehen, Beck als Staatsoberhaupt. Carl Goerdeler war einer der ökonomisch qualifiziertesten und engagiertesten Vertreter der traditionellen nationalkonservativen Weimarer Eliten. Er war von 1930 bis 1937 Oberbürgermeister von Leipzig und als Verwaltungsfachmann maßgeblich an der Nazireform der deutschen Gemeindeverfassung beteiligt. Er versuchte den Kurs der Hitlerregierung in eine wirtschaftsliberale Richtung zu steuern. Über die zunehmende

Isolierung dieses Kurses wuchs seine Distanz zur NS-Regierung.

Der "Kreisauer Kreis" um Helmut James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg zeichnete sich durch sozialromantische, hinter die Epoche der Industrialisierung zurückgehende utopische Vorstellungen aus. Anders als bei Goerdeler fanden sozialstaatliche Prinzipien bei den Kreisauern ausdrücklich Eingang. Ihr Modell von den 'kleinen Gemeinschaften', zusammengehalten von völkischer Einheit, sollte an die Stelle staatlicher Zwangsorganisationen treten. Innerhalb begrenzter Tätigkeitsfelder sollten die Einzelnen verstärkt an der politischen Struktur partizipieren. Dieses Modell schloß eine autoritäre Zentralregierung ein, Parteien und Gewerkschaften als Sinnbild einer *"Vermassung"* dagegen aus. Ihre Vorstellungen eines weitreichenden staatlichen Interventionsrechtes in die Wirtschaft verband sie stärker mit der Hitleregierung als die Nationalliberalen um Goerdeler.

Der Attentäter selbst, Claus Graf Schenk von Stauffenberg, schloß sich der nationalkonservativen Bewegung gegen Hitler erst Ende 1942 an. Der Bruder Stauffenbergs sagte zu den Vorstellungen der Gruppe von Offizieren um Stauffenberg: *"Auf innerpolitischem Gebiet hatten wir die Grundideen des Nationalsozialismus zum größten Teil durchaus bejaht. Der Gedanke des Führertums, der selbstverantwortlichen und sachlich verständigen Führung, verbunden mit dem einer gesunden Rangordnung und dem der Volksgemeinschaft, der Grundsatz 'Gemeinnutz geht vor Eigennutz' und der Kampf gegen die Korruption, die Betonung des Bäuerlichen und der Kampf gegen den Geist der Großstädte, der Rassegedanke und der Wille zu einer neuen, deutsch bestimmten Rechtsordnung erschien uns gesund und zukunftsträchtig."* Stauffenbergs Meinung nach hatte der existierende NS-Staat das Ideal der nationalen Revolution verraten. Dem neurechten Historiker und "ZEIT"-Autor, Wolfgang Venohr, ist in diesem Fall zuzustimmen, wenn er diese Kreise des '20. Juli' als *"Reformnationalsozialisten"* bezeichnet.

lige Generalstabschef Ludwig Beck). Und Berthold Graf Stauffenberg bemerkte hierzu, daß er *"und sein Bruder die Rassengrundsätze des Nationalsozialismus an sich bejaht (hätten), hätten sie aber für überspitzt und übersteigert gehalten".* Die Kritik an den Maßnahmen speiste sich vorwiegend aus den *"Rücksichten der äußeren Politik"* (so der ehemalige preußische Finanzminister Popitz). Viele der an der Verschwörung gegen Hitler beteiligten bekannten sich als *"Judengegner"* und erkannten das *"Judenproblem"* an.

Der Punkt, über den die größte Einigkeit unter den Verschwörern des '20. Juli' bestand, war die Sorge um die Großmachtinteressen Deutschlands. Die zunehmend kritischere Betrachtung der Außen- und Militärpolitik der NS-Regierung war *der* entscheidende Beweggrund für viele an der nationalkonservativen 'Bewegung gegen Hitler' Beteiligten.

Der außenpolitische Kristallisationspunkt für eine zu Hitler alternative Strategie war die sogenannte **'Sudetenkrise'** im September 1938. Der Kurs der Hitlerregierung, die militärische Zerschlagung der CSR, stieß bei führenden Militärs auf Widerstand. Der Generalstabschef Ludwig Beck prognostizierte die Nicht-Isolierbarkeit dieses Konfliktes, die Ausweitung zu einem europäischen Krieg und die deutsche Niederlage in diesem Krieg. Dabei hatten Beck und die anderen Offiziere, die sich gegen Hitlers Kurs wandten, selbstverständlich nichts gegen die großdeutschen Ambitionen. Sie teilten Hitlers Zielsetzung, den Versailler Vertrag umzukehren, und damit für Deutschland eine hegemoniale Stellung in Europa zu erringen, was die Zerstörung der CSR miteinschloß.

Aber über die Vorgehensweise, wie Deutschland die angestrebten Ziele am sichersten erreichen könnte, gab es strategische Differenzen. Die Gruppe um Beck hielt die von Beck selbst vorangetriebene und geleitete Aufrüstungspolitik für noch nicht fortgeschritten genug und die außenpolitische Absicherung für zu ungenügend, so daß für sie die militärische Zerschlagung der CSR zu einem unkalkulierbaren Abenteuer führen mußte. Sie bevorzugten die direkte und indirekte Einflußnahme über wirtschaftlichen und politischen Druck und eine allmähliche Destabilisierung der ins Auge gefaßten Einflußregionen.

Beck reichte schließlich am 1.9.38 seinen Rücktritt ein. Er war moralisch empört, wie leichtfertig Hitler mit der Entschlußfassung und der Entscheidungsfindung in für *Deutschlands Zukunft* so wichtigen Fragen umging. Darüber hinaus empfanden er und andere Repräsentanten der sogenannten 'Anti-Kriegs-Partei' Ekel und Abscheu, weil sich Hitler potentieller Gegner seines außenpolitischen Kurses durch rigide Maßnahmen entledigte. So gab es inszenierte Skandale, in die hohe militärische Funktionsträger verwickelt waren, wie z.B. die **Blomberg-Fritsch-Krise** 1938. Diese war aus der Sicht der Hitlerkritiker umso bedeutsamer, weil dadurch auch die Stellung der Wehrmacht im NS-Staat insgesamt unterhöhlt wurde und die 'Partei' sich gegenüber dem Militär immer stärker durchsetzte. Nach dem Münchner Abkommen und dem damit verbundenen außenpolitischen Erfolg Hitlers verflüchtigten sich allerdings alle Oppositionspläne. Das war die Grundlage der Moral, die als ein Ausgangspunkt hin zum '20.Juli' gilt: Empörung über Methoden der Machtpolitik und der Strategie der Durchsetzung großdeutscher Interessen.

Die ganze 'Moral' dieses 'Widerstandes' zeigt sich darin, daß der Angriff auf Polen von den nationalkonservativen Kreisen unterstützt wurde. Das 'Problem' des 'polnischen Korridors' mußte gelöst werden. Schließlich ging es um die Großmachtstellung Deutschlands, und dazu mußten die Grenzen nun mal weiter nach Osten verschoben werden. Ansonsten hofften die oppositionellen Kreise auf eine Begrenzung des 'Konfliktes'.

Ähnliches spielte sich später beim Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 ab. Die traditionellen Hegemonievorstellungen über Osteuropa und die rassistisch-antikommunistische Grundeinstellung, die auch die meisten Beteiligten der nationalkonservativen Oppositon teilten, ließ keine grundsätzlichen Gegenstimmen zum Überfall aufkommen. Es kam lediglich zu einzelnen Ressortkritiken. Und diese bezogen sich wesentlich darauf, das *"Unternehmen Barbarossa"* bis nach Abschluß des Krieges mit England zu verschieben, um der Gefahr des Zweifrontenkrieges zu entgehen. Aber letztlich glaubten die meisten, daß es mit dem Sieg schnell gehen würde. Teile der nationalkonservativen Opposition ergingen sich regelrecht in Haßtiraden gegen *"die bolschewistische Weltgefahr"*, forderten, sich militärisch gegen das *"noch immer asiatisch-ungeschlachte, unberechenbare und skrupellose Staatsgebilde, wie es das heutige Rußland ist"*, zu wenden. Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde als *"Verteidigung europäischer Kultur*

gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung, als Abwehr des jüdischen Bolschewismus" gerechtfertigt. Er sollte *"mit erbarmungsloser Härte geführt werden"* und *"zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes"* führen.

Anders hatte das bei Beginn des Westfeldzuges ausgesehen. Das Oberkommando des Heeres kam zu dieser Zeit zu der Auffassung, daß Deutschland *"im Westen noch auf Jahre hinaus den Krieg nur verteidigungsweise führen können"* würde. Die schlechte rüstungswirtschaftliche Situation gestatte keinen längeren Abnutzungskampf gegen die Westmächte. Zudem darf unterstellt werden, daß es bei Teilen der nationalkonservativen Kreise Zweifel gab, ob diese Seite der richtige Gegner in der hegemonialen Strategie Deutschlands war, die in deren Sicht eher nach Osten ausgerichtet war. Wieder wurden am grünen Tisch, ähnlich wie 1938, Staatsstreichpläne geschmiedet. Aber letztlich widerlegte Hitler durch seine Kriegserfolge alle Befürchtungen, wieder wurden die Pläne ad acta gelegt. Erst als Nazi-Deutschland durch die Kriegsniederlagen endgültig gescheitert war und der Bestand des deutschen Nationalstaates auf dem Spiel stand, nahm die Handlungs- und Risikobereitschaft zu. Weil die Alliierten von einer Besetzung Deutschlands abgehalten werden sollten, mußte der Zweifrontenkrieg nun schleunigst beendet werden.

Bezüglich der außenpolitischen Neuordnungsvorstellungen wurde der Plan eines *"Europäischen Staatenbundes"* entworfen. Dort heißt es verhalten:

"In diesem Sinne sollen aber die europäischen Staaten ihre Freiheit und Unabhängigkeit behalten, damit sie in der Lage sind, ihren durchaus verschiedenen nationalen Aufgaben gerecht zu werden. ... Die Einigung der europäischen Staaten kann nur auf föderativer Basis herbeigeführt werden, indem die europäischen Staaten sich aus freiem Entschluß zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten zusammenschließen."

Dieser Plan ist von 1943, als den Verschwörern klar geworden war, daß die Eroberungen Deutschlands nicht zu halten sein würden. Zwei Jahre vorher, 1941, formulierte Goerdeler in seiner Denkschrift "Das Ziel" die außenpolitischen Vorstellungen der Oppositionellen wesentlich direkter: *"Der für Deutschland in Betracht kommende Großwirtschaftraum ist sicherlich Europa. ... Der Wirtschaftsraum Europa kann mit Aussicht auf lange dauernden Bestand nur durch organische Zusammenfassung selbständiger europäischer Nationalstaaten und nicht durch Zusammenraffung erreicht werden. ... Die zentrale Lage, die zahlenmäßige Stärke und die hochgespannte Leistungfähigkeit verbürgen dem deutschen Volk die Führung des europäischen Blocks, wenn es sie sich nicht durch Unmäßigkeit oder durch Machtsuchtmanieren verdirbt."*

Staats -und gesellschaftspolitische Vorstellungen des '20. Juli'

Alle Gruppen und Personen des '20. Juli' waren radikal gegen die 'Weimarer Verhältnisse' eingestellt.

Der Nationalsozialismus wurde als Ausdruck davon, sprich der Parteienherrschaft, analysiert. Parteienherrschaft war sowohl Symbol für *"Vermassung"* als auch für 'Partikularismus'. Auf diese Weise war für die Nationalkonservativen keine organisch gewachsene authentische Volksgemeinschaft herstellbar. Die Parteien oder im NS-Staat eben die eine Partei, begünstigten in der Ideologie des '20. Juli' Korruption und eine Form der Elitenbildung, die nicht ausschließlich nach Leistungskriterien im nationalen Interesse ausgerichtet war (Parteibuchbeamtentum). Die Parteiapparate bringen *"Bonzentum"* hervor. Das *"klassengelöste Gefühl der Volksgemeinschaft"*, heißt es in der Erklärung Beck/Goerdeler, die im Falle eines geglückten Staatsstreiches verbreitet worden wäre, müsse an die Stelle der sich in der *"nationalsozialistischen Ämterrivalität spiegelnden partikularen Interessen"* treten. Die Anknüpfung an den Mythos des *"preußischen Sozialismus"* stellte eine Grundströmung im nationalkonservativen Widerstand dar; er präsentierte die Vision einer homogenen inneren Ordnung, in der nur die Besten und Qualifiziertesten öffentliche Ämter im Dienst des nationalen Interesses einnehmen würden.

"Der Anti-Parteienaffekt, der für die deutsche Politische Kultur kennzeichnend war, fand im nationalkonservativen Widerstand verstärkten Widerhall. Auf allen Flügeln der Bewegung des 20. Juli bestand Übereinstimmung darüber, daß Parteien als Vertreter partikularer Interessen nicht in der Lage seien, die Interessen der Gesamtheit zu repräsentieren, da sie die wirklichen Wünsche und Nöte des Bürgers nur durch ideologische Zutaten und Demagogie verfremdeten." (Hans Mommsen).

Insgesamt ist die volksgemeinschaftliche Schwerpunktsetzung in Analogie zum Nazismus unverkennbar.

Wirtschaftspolitisch ist besonders die Phase bevor sich der Bruch der späteren 'Verschwörer' mit der Nazi-Regierung ergab, und hierbei wiederum besonders die Person Goerdelers, interessant. Goerdeler war ein überzeugter Wirtschaftsliberaler, gleichzeitig aber flexibel genug, um 1931-1935 im nationalen Interesse staatliche Reglementierungen des freien Handels zu unterstützen. Er war sowohl unter Brüning als auch unter Hitler Reichspreiskommissar und überwachte so die staatlich kontrollierte Preisbildung auf den Märkten. Dieses Amt war ein Instrument der monetaristischen Deflationspolitik zum Zwecke der Staats-

Aus der Erklärung der Regierung Beck/Gördeler:

"Wir wollen die Moral wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des privaten wie öffentlichen Lebens. Die Korruption ist in unserem früher so reinen Volk von hohen und höchsten Würdenträgern in einem bisher in der Welt nicht da gewesenen Umfang großgezogen. Während draußen unsere Soldaten kämpfen, bluten und fallen, ihre Glieder verlieren, führen Männer wie Göring und andere Größen ein Luxusleben, rauben Edelsteine, Gemälde und sonstige Wertstücke, füllen ihre Keller und Böden mit Vorräten, fordern das Volk zum Durchhalten auf und drücken sich und ihren Anhang feige vor dem Opfer dort draußen. ..."

Der Beamte muß wieder in seiner ganzen Amts- und Lebensführung ein Beispiel werden, denn ihm hat das Volk öffentliche Hoheitsgewalt anvertraut. Diese darf nur ausüben, wer lauter ist, Sachkunde sich erworben, seinen Charakter gestählt und Leistungsfähigkeit bewiesen hat. Mit dem Parteibuchbeamten wird Schluß gemacht. ... Er muß sich der Auszeichnung bewußt und würdig zeigen, daß die Volksgemeinschaft (! d. V.) ihm ein sicheres Leben gewährt, während andere um das allernotwendigste ringen müssen".

"Wir wollen keine Spaltung unseres Volkes. Wir wissen, daß viele ... in die Reihe der Partei eingetreten sind ... das Volk darf sich nicht hiernach scheiden. Wir hoffen, daß wir uns alle darüber einig sind, daß die einzige Scheidung, die zu vollziehen ist, die zwischen Verbrechen und Gewissenlosigkeit auf der einen, zwischen Anstand und Sauberkeit auf der anderen Seite ist. Auf dieser Grundlage wollen wir die innere Aussöhnung des Volkes mit allen unseren Kräften betreiben."

Originalton Goerdeler im Memorandum 1933:

"Was kann zur Förderung des Umsatzes weiter geschehen? Nichts, als daß besonders die Wirtschaft von den Fesseln sinnloser Tarifverträge ebenso frei gemacht wird wie von den Einbildungen aller möglichen Stellen, man könne die Wirtschaft gängeln. Das kann man nicht, man kann ihr nur einen großen Wirkungsraum und gesunde Rechtsgrundlagen verschaffen. Dann muß jeder einzelne nach seinen Fähigkeiten in diesem Raume arbeiten. Die schwerste Fessel für eine natürliche Wiederbelebung der Wirtschaft sehe ich in der Wahnsinnsvorstellung, daß zu allen Zeiten unter allen Umständen mehr als acht Stunden nicht gearbeitet zu werden braucht, um existieren zu können. ... Man kann auch gleich zupacken, indem man an das Tarifvertragswesen grundsätzlich herangeht. Es gibt begrifflich und wirtschaftlich nur folgende Möglichkeiten: a) kollektive Arbeitsverträge b) vom Reich festgesetzte c) Möglichkeit a) und b) vermischt d) Betriebsregelung e) Betriebsregelung mit Reichseingriffen.

Aus psychologischen und wirtschaftsorganischen Gründen erscheint mir eine vollkommene Abkehr von dem bisherigen erforderlich. Je rucksichtsloser und je entschlossener die Abkehr erfolgt, umso wunderbarer wird die Wirkung sein. So ist es nicht, daß im Volk dafür kein Verständnis ist, im Gegenteil, das einfache Volksempfinden ist viel stärker als alle Überlegung, und der Einzelne empfindet sehr wohl, daß letzten Endes das Arbeiten und die Leistung in der Arbeit entscheidend ist und nichts anderes. Ich schlage also vor, die Verordnung über das Tarifvertragswesen laut Anlage zu ändern. Der einzelne Unternehmer erhält freie Hand, mit seiner Belegschaft die Arbeitsbedingungen festzusetzen. Schon dadurch wird er gezwungen, den nationalsozialistischen Gedanken zu verwirklichen und seiner Belegschaft vollkommenen Einblick in Zweck, Stand und Möglichkeiten des Unternehmens zu gewähren. Hier beginnt die gleichzeitige Erziehungsarbeit der Deutschen Arbeitsfront. Der einzelne Mensch soll sich wieder als lebendiges Glied seines Unternehmens fühlen. Selbstverständlich wird dadurch ein Wettbewerb ausgelöst..."

entschuldung, um die Währung stabil zu halten. Auch andere weitgehende staatliche Eingriffe, wie das Gesetz zur "Ordnung der nationalen Arbeit" vom Januar 1934 wurden von Goerdeler unterstützt, da sie die Arbeiterbewegung ausschalteten. Im September 1933 schrieb er ein Memorandum für das Reichswirtschaftsministerium über die endgültige Beseitigung des Betriebsrätegesetzes und dessen Ersetzung durch ein neues Arbeitsgesetz.

Goerdeler verdeutlichte in dieser Denkschrift die Kompatibilität von wirtschaftsliberalen Grundmustern und autoritärer Absicherung der Kapitalverwertung dur h den Staat, inklusive Eingriffen in den unmittelbaren Bereich der Ökonomie und deren Rahmenbedingungen (siehe nebenstehender Kasten).

Der Bruchpunkt zwischen Goerdeler und der Nazi-Regierung ergab sich 1936, als Hitler begann, die Wirtschaft auf sein Autarkie-Programm, das unweigerlich in den Weltkrieg führen mußte, einzustellen.

Das verfassungspolitische Denken war ausschließlich national-historisch ausgerichtet. Die meisten Vorschläge und Entwürfe gingen sogar hinter die Bismarck'sche Reichsgründung zurück. Berufsständische Modelle spielten eine große Rolle. Obwohl beispielsweise die Vordenker des Kreisauer Kreises, Moltke und Trott, über Erfahrungen mit dem angelsächsischen Politikverständnis verfügten, fand dieses keinen Eingang in das Kreisauer Denken. Das Syndrom eines besonderen deutschen Weges fand im nationalkonservativen Widerstand seinen Höhepunkt.

ANTI-ANTIFASCHISMUS ALS ERSTE PHASE DER RE-NATIONALSOZIALISIERUNG

Mit der Ehrung von SS-Soldaten in Bitburg durch Kohl und Reagan 1985 und dem Historikerstreit 1986 ist eine Welle des Geschichtsrevisionismus ausgelöst worden, die dafür sorgen sollte, daß die BRD als 'Staat wie jeder andere' behandelt wird - ohne lästige Pflicht, die Vergangenheit zu entschulden. Der entscheidende Schritt, auf den man zustrebte, war die Wiedervereinigung und damit die politische und militärische Souveränität. Mit dem Abzug der Alliierten ist die Etappe, in der deutsche Interessen derart definiert wurden, abgeschlossen. Abgeschlossen ist damit auch die ohnehin wahrheitswidrige Proklamation der 'Stunde Null' als symbolhaftem Ausdruck des 'Neubeginns' in den Westzonen 1945. Nun kann wieder offen vertreten werden, was auch nach der Installierung der BRD nie an Gültigkeit verloren hatte: Um deutsche (Kapital-) Interessen wirkungsvoll zu vertreten, bietet das Dritte Reich ein großes Reservoir an bereits getesteten Methoden, auch wenn diese in heutigem Sinne modernisiert werden müssen.

Antifaschismus, der früher in Gestalt der bedeutungsentleerten und formalistischen Gleichsetzung mit Parlamentarismus sowie der erzwungenen Absage an deutsche Sonderwege immerhin Bestandteil auch der westdeutschen Staatsdoktrin war, muß für die plurale Diskussion pro und contra nationalsozialistische Politik, die heute ansteht, als prinzipielle Kategorie ausgeschaltet werden. Ebensowenig, wie es ein 'tabuisieren' nationalsozialistischer Poilitikinhalte geben soll, darf es einen kategorischen Antifaschismus geben, auch nicht eine bürgerliche Variante davon. **Anti-Antifaschismus ist die Strategie, der deutschen Politik die Option eines modernisierten Nationalsozialismus wieder zur Verfügung zu stellen.** Ausführende dieser Strategie sind die momentan Herrschenden und mögliche kommende Eliten bis hin in die Ex-Linken und die deutsche Straßen-Nazi-Szene. Wurde letztere zunächst als Katalysator zur Mobilisierung des Bürgerpacks gegen Flüchtlinge benutzt, dann mittels Lichterketten fürs fotografierende 'Ausland' in die zweite Reihe gedrängt, können die Eliten sie nun zur Einschüchterung jener, die vom Antifaschismus nicht lassen wollen, gut gebrauchen. Gemessen an den aktuellen nationalen Zielen, gerät Antifaschismus, in weicher Form und wie hilflos auch immer, unter die Rubrik 'staatsfeindlich'.

Für marxistische Politik galt dies seit Bestehen der BRD schon immer. Wurde in anderen europäischen kapitalistischen Staaten mit den üblichen Mitteln der Klassengesellschaft versucht, kommunistische Parteien von der Macht fernzuhalten, deren Existenz aber akzeptiert, gab es in der BRD in nationalsozialistischer Kontinuität einen Zerschlagungskurs. Dieser reichte von Organisationsverboten (KPD 1956) über Kriminalisierung von KommunistInnen bis hin zu Berufsverboten.

Die Akzeptanz von antifaschistischem Widerstand konnte jedoch, als die DDR mit ihrer antifaschistischen Staatsdoktrin noch Bestand hatte, nicht gänzlich ausgelöscht werden. Es wurde eine Trennung zwischen kommunistischer Zielsetzung und antifa-

schistischem Handeln, welches als potentiell patriotisch denkbar und meist auch so gemeint war, vorgenommen.

So erhielt Erich Honecker für seine Jahre im KZ selbst in bürgerlichen Zeitungen manch anerkennendes Wort. Nach dem Sieg über die DDR ist es auch mit dieser Rücksichtnahme vorbei. Nicht von ungefähr landete Honecker da, wo er bereits bei den Nazis war: in Plötzensee. Kommunistischer Widerstand wird nun nicht mehr einfach nur abgewertet und unterbelichtet, sondern aggressiv als Wegbereiter zur *"zweiten deutschen Diktatur"* angegriffen. Die Etablierung eines Anti-Antifaschismus führt insofern zu einer neuen Qualität des Anti-Kommunismus. Großer ideologischer Vermittlung bedarf es in Deutschland für den Anti-Antifaschismus nicht. Es existiert ohnehin von Adenauer bis Kohl in breiten Bevölkerungskreisen ein durch Verdrängung und Verleugnung eigener Beteiligung und Verantwortung am Nationalsozialismus geprägtes Massenbewußtsein, welches das Dritte Reich als ideologischen Bezugspunkt nie völlig ablehnte. Der Rückgriff auf die Beschwörung der unter Adolf besseren Zeiten - wenn der 'normale' Deutsche mal wieder glaubt, daß die Zeiten schlecht seien - war und ist immer noch verbreitete Realität. Insbesondere der 'richtige' Umgang des NS-Staates mit Arbeitslosen und 'Kriminellen' wird immer wieder hervorgehoben. Aber grundsätzlich gilt dies für alle Bevölkerungsgruppen, die von den fleißigen und ordnungsliebenden Deutschen als störend ausgemacht werden.

Die Option eines modernen Nationalsozialismus entspricht zwar nicht der der 'Stammtisch-Hitlerei', aber um diese Option verfügbar zu machen, bedarf es des 'Abbaus sämtlicher Tabus' - wie die Nationalsozialisierung Deutschlands postmodern genannt wird. Die 'Patrioten des 20. Juli' sind dabei das 'moralisches Gewissen Deutschlands' und konsequente Anti-Antifaschisten in einem.

Mit ihrer kooperativen und teilweise hingebungsvollen Mitarbeit im Dritten Reich bis 1938 und beim Großteil darüber hinaus haben sie ihre anti-antifaschistische Einstellung glaubhaft bewiesen. Sie haben an der Ausschaltung und Vernichtung von AntifaschistInnen in den Anfangsjahren des Dritten Reiches aktiven Anteil, auch wenn sie wie Goerdeler größere 'Strenge des Gesetzes' und weniger SA-Straßenterror gefordert haben. Mit dem 'goldenen' Staatsakt am 20. Juli 1994 wird den historischen Vorbildern eines deutschen Reiches gedacht, die geholfen haben, konsequent jede Art von antinazistischem Widerspruch gegen nationale Interessen zu zerschlagen und diese Linie mutig fortsetzten, als Hitler selbst zum 'Verräter Deutschlands' wurde.

Deutschlands aktuelle nationalen Interesse und die Konzepte des '20. Juli'

»Der Herausgeber der als liberal geltenden 'Wirtschaftswoche', Wolfram Engels, beschwerte sich angesichts des Zusammenbruchs der Wirtschaft in der alten DDR: *"...daß es auch in unserer aufgeklärten Wirtschaft ein Tabu gibt - unsere eigene Geschichte von 1933 bis 1945."* Dieses *"Tabu der Nazizeit"* müsse gebrochen werden, *"denn die Wirtschaftsgeschichte der Nazizeit ist von ganz besonderem Interesse. ... Von 1933 bis 1936 war Deutschland eine Marktwirtschaft, die sich deutlich von anderen Marktwirtschaften unterschied - so herrschte seit 1931 Devisenbewirtschaftung, seit 1932 Lohnstopp, seit 1933 Gewerkschaftsverbot"*; seit 1936 eine Planwirtschaft, die aber Privateigentum (auf die Enteignung der Juden geht der Verfasser hier natürlich nicht ein) zugelassen und das Profitprinzip geachtet habe. Die Erfolge hätten sich unverzüglich eingestellt. Die Arbeitslosigkeit sei zurückgegangen und die Beschäftigung gestiegen, das Wachstum sei enorm gewesen und noch *"1944 lag die Produktion, trotz Bombenkrieg und Rohstoffmangel höher, als 1939 ... können wir auf Erfolgsrezepte nur deshalb verzichten, weil Adolf Hitler sie angewandt hat?"*« (zitiert aus der Broschüre: " Gegen das Vergessen, Freiheit für Gerhard Bögelein", Neumünster, Kiel, September 1992)

"Ich halte es nicht von vornherein für verwerflich, wenn in bestimmten schwierigen Situationen die Regierung sagt: Wir wollen zwei Jahre mit Dekreten regieren, ohne daß das Parlament zu jeder Frage gefragt werden muß. Verwerflich wäre nur, wenn man sich nach zwei, höchstens drei Jahren, nicht dem Urteil des Volkes stellte." (Ernst Nolte, Interview in "Die Woche", 19.05.94)

Die jetzige Entwicklung in Deutschland 1994 muß als **Re-Nationalsozialisierung** bezeichnet werden. Es geht dabei weder inhaltlich noch strategisch um eine Kopie des Dritten Reiches.

Vielfach ist die herrschende Politik ohnehin schon die Umsetzung bzw. Weiterführung nazionalsozialistischer Überlegungen und Politik. Ob dies nun das Nazikonzept des Wirtschaftsraumes Europa unter deutscher Führung war oder das gesamte Konstrukt der 'sozialen Marktwirtschaft' à la Erhard, welches von den Nazis für die Nachkriegszeit konzipiert war. Das 1994 gültige 'Ausländergesetz' basiert in großen Teilen auf dem von 1938. Zu denken ist hier auch an die fast ungebrochenen Kontinuitäten nach 1945 zur Nazizeit in Verwaltung und Justiz. Und die Bundeswehr ist vor allem von ehemaligen Wehrmachtsgenerälen aufgebaut worden. Weitere Belege der Kontinuität zwischen Nazi-Deutschland und BRD gäbe es genug.

Das entscheidende ist aber, exakt zu bestimmen, was in Bezug auf heutige nationale Erfordernisse das wirklich Moderne am Nazismus ist und welche Fehler nicht wieder gemacht werden sollen. Für diese in den Eliten selbst diskutierte Fragestellung spielt die Vorstellungswelt des '20. Juli' eine durchaus anregende Rolle. Der Hauptmotor für die Aktualität von nazistischen Optionen ist die seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staatengemeinschaft in Gang gesetzte Re-Nationalisierung der Interessenssphären. Die Strukturkrise des Weltmarktes und der Wegfall des gemeinsamen Feindes lassen die Konkurrenz der drei großen imperialistischen Blöcke USA, Japan und Europa in den Vordergrund treten. Das gleiche gilt auch *innerhalb* Europas, welches den Großteil seines Handels innerhalb des eigenen Blocks abwickelt. So setzt die weltweite Tendenz zu einer Re-Nationalisierung der imperialistischen Interessen auch das Maastrichter Modell unter starke Spannungen. Insbesondere Deutschland ist dabei der Katalysator des Nationalismus. Der Anspruch Deutschlands auf eine ordnungspolitische und insofern hegemoniale Rolle wird offen formuliert. Das souveräne Deutschland ist bereits wieder dabei, Europa eine neue Struktur zu verpassen und erneut liegt der Schwerpunkt im Osten. Die aktive deutsche Zersetzungspolitik gegenüber Jugoslawien war der Beginn einer neuen **'geopolitischen'** deutschen Ostpolitik.

Der Bruchpunkt zwischen der heutigen Re-Nationalsozialisierung und der Außenpolitik Hitlers und Ribbentrops liegt darin, daß es auf keinen Fall um eine freiwillige Abkoppelung vom Weltmarkt geht. Dies ist die Lehre der Herrschenden aus der Geschichte. Die Hegemonie Deutschlands in Europa und die Erlangung einer Weltmachtposition soll bei gleichzeitigem öko-

nomischem und politischem Austausch mit den anderen Mächten, insbesondere den USA, vorangetrieben werden. Dies ist - wie beschrieben - genau die außenpolitische Konzeption, für die auch Goerdeler stand.

Eine Position in Kontinuität des '20. Juli' vertritt heute der Neu-Rechte Historiker Arnulf Baring, wenn er Deutschlands Aufgabe für die Zukunft in der neuen Kolonisierung Osteuropas sieht, es aber für die zweite Hauptaufgabe der deutschen Eliten hält, die Achse zu den USA stabil zu halten. Baring repräsentiert mit dieser Position durchaus die außenpolitische Entwicklungsdynamik in Deutschland. Mit dem Besuch Clintons in Bonn zeigte sich, daß diese Linie bislang höchst akzeptiert ist. Clinton forderte ein starkes Deutschland mit 'ordnungspolitischen' Aufgaben und einer starken Bindung an die USA.

Mit der auf dem NATO-Gipfel im Januar 1994 beschlossenen Eigenständigkeit der WEU unter Zustimmung der USA hatte die deutsche Außenpolitik ohnehin bereits einen großen Schritt in diese Richtung gemacht.

Die außenpolitischen Neuordnungsvorstellungen des '20. Juli' bieten für die heutige deutsche Strategie direkte Anknüpfungspunkte. 'Die Männer des 20. Juli' erkannten die Notwendigkeit für Europa, sich im Kampf nach außen zu einen. Gleichzeitig waren sie für unterschiedliche Aufgaben der einzelnen Nationen - eine Umschreibung des deutschen Hegemonieanspruches. Ihre Forderung nach einer *"Gemeinschaft souveräner Staaten"* würde sie heute nicht gerade zu Freunden der Währungsunion à la Maastricht machen. Vermutlich würden sie eher die Formel des 'Bundes Freier Bürger' vom *"Europa freier Völker"* unterstützen. Dies ist zwar noch ein Bruch zur momentan offiziell aufrecht erhaltenen Strategie der *"Vertiefung und Vereinheitlichung"* Europas , repräsentiert aber die aktuelle Dynamik.

Die Entfesselung der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz sorgt dafür, daß in Deutschland die Kapitalverwertungsbedingungen im Inneren massiv verbessert werden müssen. Die Erfolgsfrage wird für die konkurrierenden nationalen Kapitalien in erster Linie zu einer Geschwindigkeitsfrage. Standortpolitik ist in ihrer Struktur darauf angelegt, den politischen Eliten solche Handlungsräume zu verschaffen, daß den Erfordernissen der Kapitalverwertung *unmittelbar* Rechnung getragen werden kann. In Deutschland gibt es gegenwärtig besonders viel für das Kapital hinderliches abzubauen und umzugestalten, da die BRD zum Frontstaat gegen die DDR hochgerüstet worden war, was eine gewisse 'soziale Attraktivität' miteinschloß. Der Prozeß des Sozialabbaus wird zwar seit 1972 kontinuierlich betrieben und verschärft, genügt jedoch nicht den aktuellen nationalen Anforderungen. Soll die notwendige Geschwindigkeit bei der 'Sicherung des Standortes Deutschland' eingehalten werden, geraten auch die in nationaler Verantwortung kaum zu überbietenden Gewerkschaften ins Visier. Hätte die IG Metall bei der Einigung 1994 nicht eine tendenzielle Abkehr vom Flächentarifvertrag vorgenommen, wäre die Beseitigung der Tarifautonomie, wie von der FAZ mehrfach angedroht, unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Zumindest ist seit der Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes 1986, wodurch es bei streikbedingter Kurzarbeit keine staatlichen Zuschüsse mehr gibt, eine Politik im Gange, die die Gewerkschaften streikunfähig machen soll. Ideologisch wird in der Form Stimmung gegen Streiks gemacht, daß sie in die Nähe des Terrors gerückt werden, wie beim ÖTV-Streik 1992 oder dem Poststreik 1994. De Facto kann schon längst nicht mehr von einem Streikrecht gesprochen werden.

Ganz allgemein werden Gewerkschaften in den medialen Diskussionen der sogenannten 'Wertedebatte' in den 'Dino-Staat' eingereiht, der als Ansammlung unflexibler, nur partikularen Interessen dienenden, Mammut-Organisationen wie z.B. Parteien beschrieben wird und der dringlichst abgebaut werden müsse. Verhalten sich die Gewerkschaften als in deutschem Sinne auch noch so verantwortungsbewußt, entsprechen sie zumindest als Organ der Interessenvertretung einem 1917/18 etablierten, 1933 außer Kraft gesetzten und seit 1989/90 auslaufenden Gesellschaftsmodell. Mit der sozialistischen Staatenwelt verschwindet perspektivisch auch die 'Sozialpartnerschaft', alleine schon, da es nach der ideologischen Auflösung aller partiellen Gruppen in die 'Volksgemeinschaft' auch keine Partner mehr gibt. Für die Organisierung volksgemeinschaftlicher Betriebsstrukturen und die Übernahme sozialer Absicherungen zur Entlastung des Staate, könnten sie eine Zukunft haben. Die 'Deutsche Arbeitsfront' und das Modell 'Deutsche Gewerkschaft' von Goerdeler und Leuschner mit der anvisierten Verlagerung der Sozial- und Arbeitslosenversicherung zu den Gewerkschaften bieten hierfür ideale Anknüpfungspunkte.

Die Geschwindigkeit, mit der die 'Bonner' in die 'Berliner Verhältnisse' transformiert werden müssen ist so hoch, daß die gesamten Strukturen der Elitenbildung und der politischen Entscheidungsfindung zur Disposition stehen. Die in den letzten Jahren geschaffene Stimmung der 'Parteienverdrossenheit' ist mehr als die Enthüllungspraxis von auf dem Sensationsmarkt konkurrierenden Medien, und sie ist auch mehr als reine Ideologie. Sie zeigt aus nationaler Sicht reale Mißstände der 'Bonner Verhältnisse' auf, die sich dicht an der Kritik an den 'Weimarer Verhältnissen' aus Kreisen der 'Konservativen Revolution' bewegt.

Im Wesentlichen geht es - damals wie heute - um sogenannte Führungsschwäche. Waren die pluralen parlamentarischen und föderalistischen Strukturen nach 1945 zunächst erzwungen, wurden sie im Gefolge von 1968 zu einem wirklichen Modernisierungsinstrument der bundesdeutschen Gesellschaft. *"Mehr Demokratie wagen"*, der Slogan des 'Willy Brandt-Wahlkampfes' 1969, war Ausdruck einer im nationalen Interesse notwendigen 'Entkrustung' der Gesellschaft. Heute stehen die gleichen Mechanismen für partikularistischen Dauerzwist, Zerreden von notwendigen Veränderungen, also für Blockadepolitik. In Zeiten sich rasch verändernden internationalen Konstellationen und dem dadurch erhöhten Entscheidungsdruck, hat die plurale, auf die Harmonisierung von Interessen ausgerichtete Politik im Inneren ihre modernisierende Funktion verloren und ist zu einem Hemmnis geworden. Dem 'Wohl der Nation' waren selbstverständlich auch die Strukturen der 'alten' BRD verpflichtet. Es war zu Zeiten der überschaubaren Ost-West-Blockkonfrontation, als die politischen Entwicklungen noch langsamer von statten gingen, aber angebracht, über die richtige Definition des nationalen Interesses zu streiten. So kam es zwischen CDU und SPD etwa in der Frage der Strategie gegenüber der DDR oder auf dem ökonomischen Feld zu richtigen Brüchen, ohne daß man irgend einer Partei vorwerfen könnte, dabei nicht an Deutschland gedacht zu haben.

Heute ist es notwendig, ein Definitionsmonopol des nationalen Interesses zu schaffen, was neue Formen der Elitenbildung und Entscheidungsfindung nach sich zieht. So hat es aus nationaler Sicht viel zu lange gedauert, bis der 'Tanker SPD', seinen Kurs in der 'Asylfrage' revidiert hat. So lange, daß die Skins und das

klatschende Bürgerpack fast nicht mehr zu kontrollieren gewesen wären und ein aufwendiger Lichterzauber inszeniert werden mußte, um den Rassismus in national sinnvollen Bahnen zu halten. Andere Beispiele gibt es zuhauf. Als exemplarischer Beleg seien nur die Klagen der Gen-Tech-Industrie genannt, die sich trotz der Aufweichung bzw. Abschaffung fast aller Schutzvorschriften immer noch gegängelt und im internationalen Wettbewerb chancenlos im Hintertreffen sieht.

Es verwundert deshalb nicht, daß seit der Wiedervereinigung eine tendenzielle Abkehr von den klassischen Prinzipien der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie festzustellen ist.

Die im 'Solidarpakt' beispielhaft zum Ausdruck gekommene Auflösung der Partikularinteressensvertretung - Bundesregierung, Bundesbank und Verbände und Gewerkschaften feilschten um Löhne, Preise und staatliche Transfers in die (neuen) Bundesländer - steht für einen auch konstitutionell sich ausdrückenden Wandel der Gesellschaft.

Im offenen Verfassungsbruch bei der Entsendung deutscher Soldaten in die Adria zur Seeblockade Serbiens und nach Somalia kam die Bereitschaft zum Ausdruck, sich im nationalen Interesse auch diktatorischer Mittel zu bedienen, wenn die Umstrukturierung des Staates nicht schnell genug von statten geht.

Die aufgeregten Debatten um die eventuelle Einführung des Mehrheitswahlrechts zur Herstellung klarer Führungsverhältnisse sowie die Diskussionen um die Person und das Wahlverfahren des Bundespräsidenten, zeigen den Kurs an: die bisherigen Bonner Spielregeln sind für das Berliner Deutschland zu langsam, zu uneffektiv, zu hinderlich. Ähnlich wie in Italien könnte es auch in Deutschland sein, daß die Einführung des Mehrheitswahlrechts nicht nur eine einfache Wahlrechtsreform wäre, sondern die grundlegend neuartige Rekrutierung der nationalen Eliten anzeigen und auslösen würde.

Es ist auch offensichtlich, daß in Situationen eines staatlichen 'Führungsnotstandes', von dem in unmittelbarer Zukunft immer offensichtlicher ausgegangen wird, dem Bundespräsidenten eine neue Rolle zugedacht werden soll, z.B. die, dem Parlament gewisse Aufgaben abzunehmen, wie z.B. einem Out-of-Area Einsatz der Bundeswehr zuzustimmen.

Die Renaissance, die der Nazi-Staatsrechtler Carl Schmitt momentan erlebt (z.B. bezieht sich der ehemalige FAZ-Herausgeber Joachim Fest direkt auf ihn), paßt in dieses Bild einer nicht nur punktuellen, sondern auch konstitutionellen Re-Nationalsozialiserung. Es ist durchaus ernst zu nehmen, daß die Vorstellungen der konservativen Verschwörer des '20. Juli' auch auf dem Gebiet der Staatsform und der Verfassungsprinzipien eine Perspektive für die aktuellen Entwicklungen im Umbau Deutschlands darstellen.

Die Umstrukturierung Osteuropas als europäische Hegemonialmacht, Standortpolitik sowie die Beseitigung klassisch bürgerlich-parlamentarischer Strukturen setzen die Geschlossenheit der Nation voraus, was in Deutschland aufgrund historischer Kontinuitäten die Aktualisierung von Volksgemeinschaftskonzepten bedeutet. Die Formierung der 'Volksgemeinschaft', die in einzelnen Bereichen, wie z.B. dem traditionellen deutschen Anti-Kommunismus, auch nach 1945 nie aufgehört hatte zu existieren, erstreckt sich mehr und mehr über das gesamte gesellschaftliche Leben. Seit 1990 wird die politische Debatte in Deutschland von der sogenannten Wertediskussion geprägt. *"Gemeinsinn"* lautet das Schlagwort, mit dem die Deutschen zu noch mehr nationaler Identifikation, Kollektivismus im Betrieb, unbezahlten sozialen Diensten und spürbaren Konsumeinschränkungen und letztlich auch soldatischem Einsatz gebracht werden sollen.

Feiern für ein 'Neues Reich'

Die deutschen Eliten jeder Couleur haben in den letzten Jahren unmißverständlich klargestellt, daß sie eine Beschränkung der Kapitalverwertungsbedingungen oder der nationalen Handlungsfähigkeit in Deutschland unter keinen Umständen dulden werden.

Außenpolitisch wird Deutschland auf einen bedachten und möglichst kontrollierbaren Weltmacht-Kurs, der sein Hauptziel in der Umstrukturierung Osteuropas hat, gesteuert. Dabei spielen auch Linke und Ex-Linke eine Rolle, die Geschlossenheit der Nation herzustellen. Von Enzensbergers 'Hitler-Hussein-Vergleich' bis zum Interventionsaufruf französischer und deutscher Intellektueller für Bosnien zieht sich ihre trommelnde Funktion für großdeutsche Interessen wie ein roter Faden durch das neue Deutschland.

Ideologisch wurde die deutsche Bevölkerung auf die nationalen Interessen eingeschworen. Mit dem Pogromherbst 1992 und den weihnachtlichen Lichterketten hat sie der staatlichen Strategie von Eskaltion und Deeskalation ihre Folgebereitschaft erwiesen, so daß die Eliten nun wissen, daß sie auch bei den zukünftigen Schritten im Umbau Deutschlands auf ihr 'Volk' zählen können.

Die Ziele eines Goerdeler, eines Beck oder eines Stauffenberg geben dafür die momentane Entwicklungsrichtung mit vor.

Bei den Gedenkfeierlichkeiten am 20. Juli 1994 handelt es sich um eine **Feier für ein *"Neues Reich"***. Diese Formel des 'konservativen Revolutionärs' und Stauffenberg-Vorbilds Stefan George scheint uns prägnanter als die vom 'Vierten Reich', die zu sehr Anklänge an eine einfache Kopie der NS-Zeit erweckt. George gehörte zu jenen philosophisch-idealistisch geprägten konservativen Gegnern des NS-Staates, die von Anfang an die Ziele der *"nationalen Erhebung"* von den Nazis verraten sahen. Möglichst vielen sollen diese Ziele auf einer modernen Großbildleinwand, auf die die Zeremonie im Bendlerblock nach 'draußen' übertragen wird, wieder nähergebracht werden. **50 Jahre nach Stauffenberg wird seinem Kampf für ein *"Neues Reich"* durch Kohl und Kriegsminister Rühe so glaubwürdig gedacht werden, daß der '20. Juli' in Deutschland bald die bisher vermißte emotionale Wirkung entfalten wird - dies ist zumindest zu befürchten.**

Nie wieder Deutschland !

Antinationales Plenum Hamburg

V.i.S.d.P.: H. Morgenthau, Wandbeker Allee 44, 22041 Hamburg

Postfach Nr. 30 62 37
20328 Hamburg

Redebeitrag vom AntiFa-Café-Wedding, Berlin, den 13.08.1994

Liebe Anwohnerinnen und Anwohner,

wir demonstrieren heute, um faschistische Aufmärsche zu verhindern, die dem Todestag von Rudolf Hess zu Ehren sein sollen. Denn es wäre womöglich zu einem solchem Aufmarsch gekommen, wenn wir AntifaschistInnen nicht zuerst eine Gegendemo angemeldet hätten.

Sie fragen sich bestimmt, warum wir von so vielen Polizisten begleitet werden, nun, das liegt daran, daß wir uns gegen die Faschisten wenden und nicht darauf warten, bis eine erneute Diktatur jeglichen Widerstand zu verhindern weiß. Da die Polizei sowohl mit den neuen als auch mit den alten Nazis zusammenarbeitet, werden wir stets von ihnen begleitet. Dies hat Tradition. Sie schützen diejenigen, die andere Menschen morden, weil sie anders sind, als die deutsche arbeitende Masse, weil sie anders leben oder andere Kulturen pflegen, kurz, weil sie nicht einem Weltbild entsprechen, welches faschistischen Grundlagen entspricht.

Wir wollten bis zum Wohnort des im Wedding lebenden Winfried Arnulf Priem demonstrieren. Dies wurde durch die Justiz verhindert, weil diese es notwendig findet, hochrangige Nazis zu beschützen. Er genießt schon lange Personenschutz durch die Polizei, obwohl er den Boden bereitet für Morde an Schwächeren.

Winfried Arnulf Priem ist einer der führenden Nazis in Deutschland. Er wurde bereits als DDR-Staatsbürger wegen faschistischer Umtriebe verurteilt, jedoch von der damaligen bundesrepublikanischen Behörde als "Politischer" freigekauft.

In Freiburg gründete er alsbald die "Kampfgruppe Priem". Sie verbreitete NS-Propaganda und führte damals schon Überfälle auf AntifaschistInnen durch.

1976 zog er nach Westberlin und wurde Vorstandsmitglied sowie Aktionsführer der NSDAP, Gau Berlin. Daraufhin wurde er zu einer Bewährungsstrafe von 12 Monaten verurteilt.

Er gründete anschließend die Wehrsportgruppe "Wotans Volk", die immer noch aktiv ist und u.a. im Humboldthain Schießübungen durchführte.

Der weitreichende Einfluß Priems zeigt sich auch dadurch, daß alle international bekannten Nazi-Kader mit ihm zusammenarbeiten. Alle Namen aufzuzählen wäre ein schwieriges Unterfangen, daher nur die bekanntesten: Michael Kühnen, Christian Worch, Gerry Lauck usw. usf...

Priem war Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen faschistischen Partei "Deutsche Alternative" in Berlin und erfüllt zusätzlich das "Amt" des Bereichsleiters der GdNF "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front". Er ist einer der zentralen Figuren der Berliner Nazis und nicht im Wirkungskreis faschistischer Aktivitäten zu mißachten.

Er rekrutiert Jugendliche, die latent dem rechtsradikalen Gedankengut nacheifern, obgleich sie noch nicht genau wissen, worauf sie sich da einlassen. Das wird ihnen erst durch Wehrsport- und Politgruppen eingetrichtert, ähnlich den sonstigen Sekten. Ein Entrinnen ist diesen Jugendlichen dann sehr schwer.

Um an die Jugendlichen heranzukommen, hält sich Priem gerne als junggebliebener "Möchtegern-Motorrad-Rocker" in Jugendzentren oder Discotheken auf. Diese befinden sich meist im Ostteil unserer Stadt oder im Land Brandenburg.
So war er auch Stammgast im Judith-Auer-Club in Lichtenberg. Jugendliche aus diesem Zentrum erstachen am 21.11.1992 am U-Bahnhof Samariterstraße den Antifaschisten und Hausbesetzer Silvio Meyer, der schon in der "Kirche von Unten" während des Mauerfalls aktiv für ein freies, selbstbestimmtes Leben kämpfte. Zwei weitere Personen wurden dabei lebensgefährlich verletzt. Im Krankenhaus wollten dann Kripo-Beamte Falschaussagen von ihnen erwirken, die jedoch nicht von den Verletzten bestätigt wurden.

Priem hat darüber hinaus weitreichende Verbindungen. Als in Wien im Dezember 1993 die Briefbomben hochgingen, wurde er in der Wiener U-Bahn gesehen. Er hält Kontakte zu dem Sprengstoffexperten Bendix Wendt, ein mutmaßlicher Mittäter, sowie zu dem Österreicher Peter Binder.

Und was tut unser BRD-Staat gegen solch einen Täter? Nix, im Gegenteil, er erlaubt ihm durch einen Waffenschein, rechtmäßig eine Waffe zu tragen, obgleich er zuvor schon zu einer Geldbuße herangezogen wurde, da er eine Gaspistole in eine scharfe, zum Töten bestimmte Waffe umgewandelt hat. Desweiteren wurde bei einigen Hausdurchsuchungen bei ihm neben einem Maschinengewehr auch SS-Uniformen, Gewehre und rechtes Propagandamaterial entdeckt.

Während Flüchtlinge in Gefängnissen auf ihre Abschiebung warten und teilweise nur den Ausweg aus ihrem Elend durch Selbsttötung sehen, wird ein Täter wie Priem hofiert als ob er den Schutz durch den Staat nötig hätte. Während weiterhin Häuser, Moscheen und Menschen brennen, wird ein Täter wie Priem selbst vor einer Kundgebung vor seinem Wohnhaus in der Osloerstraße 15, an dem Kameras den Hauseingang überwachen, vom Staat geschützt, indem die Schlußkundgebung nicht dort stattfinden durfte. Während Menschen wieder an deutschen Grenzen verhaftet und sogar erschossen werden, darf ein W. A. Priem frei herumlaufen.

Wir fordern den Staat auf, die politischen Gegner nicht weiterhin links zu suchen, während rechts schon längst Vampire unsere Freiheit auszusaugen wissen. Wir fordern den Staat auf, den Krieg gegen die linkspolitischen Inhaftierten aufzugeben und jene freizulassen, die für ein besseres freieres Leben kämpfen. Wir fordern den Staat auf, sich gegen jeglichen Antisemitismus, Sexismus, Rassismus und Faschismus entschieden entgegenzustellen. Freiheit für Irmgard Möller und die Gefangenen der Antifa Genclik.

Keinen Fußbreit den Faschisten, wehret den Anfängen!

NACHBEREITUNG ZUR DEMONSTRATION "DIE FASCHISTISCHEN STRUKTUREN AUFDECKEN UND ANGREIFEN" AM 13.8.94

Mit der Demonstration sollten Priems Machenschaften an die Öffentlichkeit gebracht werden und ihm die Teilnahme am Rudolf-Hess-Marsch so schwierig wie möglich gemacht werden. Sie sollte dazu dienen, den nötigen Druck aufzubauen, um Priems Unterstützung durch Polizei und Justiz endlich zu beenden. Im Rahmen der bundesweiten Kampagne "AKTION 94" war sie der Berliner Beitrag zum Versuch, den Rudolf-Hess-Marsch durch dezentrale Aktionen zu verhindern.

Behinderung im Vorfeld

Am 5.8. wurde vom Referat "Ordnungsbehördlicher Staatsschutz" die geplante Route der Demonstration hin zur Wohnung von Arnulf Priem mit der Begründung untersagt, daß durch sie eine "psychische Behinderung der Bewegungsfreiheit" Priems vorliege. In der Begründung heißt es wörtlich: "Es ist zudem nicht ausgeschlossen, daß eine derart in den häuslichen und privaten Bereich zielende Veranstaltung dazu führt, daß der Betroffene sich im privaten Lebenskreis, insbesondere in seiner Nachbarschaft, an den Pranger gestellt sieht, ohne sich gegen die erhobenen Vorwürfe in angemessener Weise während der Veranstaltung zur Wehr setzen zu können." Gestattet war nur noch eine Route, die 500 Meter vor der Osloer Straße 15 endet.

Zum Ablauf

An die 1000 TeilnehmerInnen fanden sich -trotz strömenden Regens- zur Auftaktkundgebung am Prenzlauer Berg ein, darunter viele Jugendliche. Bereits bei Vorkontrollen kam es zu 4 vorläufigen Festnahmen, denen später 3 weitere folgten, unter anderen wegen angelegter Armschoner bzw. "versuchter Gefangenenbefreiung".
Während der lautstarken Demonstration provozierte die Polizei mehrmals den Demozug, und bildete ein enges Spalier. Am Ende der genehmigten Route am U-Bahnhof Pankstraße wurden die Antifas von einem großen Polizeiaufgebot gestoppt. Im Anschluß an die offizielle Kundgebung wurde dazu aufgerufen, als Demozug geschlossen zu Priem weiterzugehen. Beim Versuch kam es zu kleineren Auseinandersetzungen. Dabei wurden von der Polizei Schlagstöcke und Tränengas eingesetzt.

Arnulf Priem und Anhängerschaft

Währenddessen sammelten sich im Hause Priems ca. 20 Neo-Nazis, die sich vermummt auf dem Dach postierten und den Hitlergruß zeigten. Anlaß zum Eingreifen sah die Polizei erst, als ein Fernseh-Team der ARD von den Nazis mit Steinschleudern beschossen wurde. Daraufhin wurde öffentlichkeitswirksam vor laufender Kamera das rechte Zentrum ausgehoben. Alle Anwesenden wurden vorläufig festgenommen. Gegen Arnulf Priem und Oliver W. (vermutlich Oliver Werner, Alexandrinenstr.47 in Kreuzberg) wurde am nächsten Tag Haftbefehl erlassen, u.a. wegen "Bildung eines bewaffneten Haufen", „wiederholtem Verstoß gegen das Waffengesetz" und „gefährlicher Körperverletzung" (Oliver W.). In der Folgezeit kam es Mittwoch nochmal zu 15 Hausdurchsuchungen in Prenzlauer Berg, Hohenschönhausen, Mitte, Weißensee, Pankow und Lichtenberg. Beschlagnahmt wurden dabei Propagandamaterial von NF und NSDAP-AO, Uniformteile aus der Nazi-Zeit sowie Waffen.

Einschätzung der Demonstration in Berlin:

Die meisten Teilziele wurden erreicht: Die regionale Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Antifa als auch mit BündnispartnerInnen hat gut funktioniert und wird hoffentlich in weiteren gemeinsamen Projekten fortgeführt. Ebenfalls zeichnete sich schon im Vorfeld durch zahlreiche Interviewanfragen an den Anmelder ein gesteigertes Medieninteresse ab..
Priem war an seine Wohnung gebunden. Durch den öffentlichen Druck (z.B. recherchierten zu Priem mehrere bundesweite Fernsehsender) war die Polizei gezwungen, gegen ihn vorzugehen.

Allerdings war es nicht unser Ziel gewesen, ein politisches Klima zu schaffen, in dem die Polizei angefeuert wird, endlich auch gegen Rechts ihre Normen durchzusetzen. Vielmehr wollten wir eine radikale Mobilisierung, antistaatlich und antiimperialistisch ausgerichtet, in der aufgezeigt wird, daß Staat und Nazis die selben Ziele mit verschiedenen Mitteln verfolgen. Dies ist kaum gelungen. Der internationalistische Bezug ging verloren, weil wegen Zeitdruck und geänderter Route die Beiträge wegfielen zum kurdischen Befreiungskampf und zum nordirischen Aktionstag "Time for peace-Time to go". (An dieser Stelle solidaris[illegible] an die GenossInnen, die zeitgleich vor der britischen Botschaft demonstrierten!)

Die antistaatliche Ausrichtung ging unter, weil die Behörden ihrerseits bundesweit einen öffentlichkeitswirksamen Aktionstag gegen die Faschisten inszenierten, `allerdings mit dem Ziel der Verschleierung der tatsächlichen Interessenlagen. Von der bürgerlichen Presse wurde -entsprechend ihrer Ausrichtung - die staatliche Kampagne stark in den Vordergrund gestellt.

Zur antifaschistischen AKTION 94

Der radikale Charakter der bundesweiten Antifa-mobilisierung war in der Presse größtenteils nicht wahrnehmbar. Zum einen war nicht erkennbar, daß im Konzept verschiedene Aktionsformen ineinandergreifen sollten. Von den Blockaden und anderen direkten Aktionen war überregional nicht die Rede. Zum anderen wurden die verschiedenen dezentralen Demos mit über 6000 beteiligten Antifas zu wenig im Zusammenhang wahrgenommen. In mehreren Zeitungen wurde nur die Berliner Demo erwähnt, mehrmals auch die verschiedenen Aktionen vermischt z.B. mit der staatsbürgerlichen Kundgebung des Bürgermeisters von Rudolstadt dargestellt.

Im öffentlichen Bewußtsein vorherrschend war die Notstandsübung der Inneren Sicherheits-Hüter: Rechte "Rädelsführer" wurden vereinzelt in Vorbeugehaft genommen, am 13.8. waren die Faschisten gezwungen, nach Luxemburg auszuweichen, wo ihre klägliche Kundgebung vor der deutschen Botschaft mit Massenfestnahmen und Prügel endete.

Die Diskussionen bezüglich der bundesweiten Antifa-Aktionen und Konsequenzen daraus müssen erst noch geführt werden.

Zum Bündnis:

Die umfassende Zusammenarbeit linker Gruppen gegen den Hess-Marsch im Rahmen der antifaschistischen "AKTION 94" kann als gute Erfahrung gewertet werden, mit der vielleicht auch zukünftig politisch gearbeitet werden kann - bundesweit wie in Berlin. An der Demonstration beteiligten sich zu einem großen Teil von Spektrum unabhängiger Antifa-Gruppen besucht. Aber auch AnwohnerInnen und Mitglieder der Bezirksgruppen von PDS und Grünen beteiligten sich - ebenso schlossen sich vereinzelt PassantInnen am Weddinger Flohmarkt spontan dem Demonstrationszug an. Daß diese jedoch in der Minderheit blieben, läßt sich leicht erklären durch eine nur zu verständliche Hemmschwelle - eine den halben Demonstrationszug einkesselnde Polizei mit ihrem martialischen Auftreten schüchtert nun mal viele Wohlmeinende ein.

Da dies von der Polizeiführung natürlich auch genau so beabsichtigt ist, muß es politisch beantwortet werden: Indem immer wieder von neuem mit einem möglichst breiten Bündnis linker Kräfte gegen den Faschismus mobil gemacht wird. Nur so kann es irgendwann zur ganz alltäglichen Gewohnheit vieler werden, sich in großer Anzahl und entschlossen der Entwicklung nach Rechts entgegenzustellen.

Für die militante Initiative!

Bekanntermaßen erscheint in Berlin die angekündigte militante Auseinandersetzung auf der Straße zum jetzigen Zeitpunkt oft chancenlos. Zum einen aufgrund der momentanen Schwäche autonomer und anderer linksradikaler Gruppen/Zusammenhänge, zum anderen, weil die Polizei längst militärstrategische Konzepte entwickelt hat, mit den zuvor eingeprobten Demo-Situationen mittels Spezialtruppen problemlos fertigzuwerden. Dem kann unserer Ansicht nach nur durch konzeptionelle Politik entgegengewirkt werden, die Spielräume schafft, sich aber an realistischen Zielen orientiert, ohne zu reformistischer Realpolitik zu verkommen. Im Bezug auf die Ziele von Demonstrationen bedeutet das für uns: Wahrnehmbarkeit als antifaschistische Kraft, Aufbau öffentlichen Drucks, Ansprechen und punktuelle Einbindung interessierter Menschen, politische und gesellschaftliche Verankerung, mit anderen Worten: Stärkung emanzipatorischer Bewegungen. Darüberhinaus existieren notwendigerweise andere Vorgehensweisen und Widerstandsformen. An dieser Stelle soll der Hinweis genügen auf die 2 Scherbendemos nach der polizeilichen Erschießung des kurdischen Genossen Halim Dener bzw. auf die Hausbesuche bei Rechtsanwälten, die Faschos verteidigen. Letztere Aktion war begleitet von einem bundesweit versandten gefälschten Schreiben im Namen der Rechtsanwaltskammer, wobei mit Hinweis auf die Berliner Vorfälle vor der Verteidigung der Neo-Nazis gewarnt wurde. In diesem Sinne: Angreifen ist gerechtfertigt - Zusammen gehört uns die Zukunft! Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen und patriarchalen System!

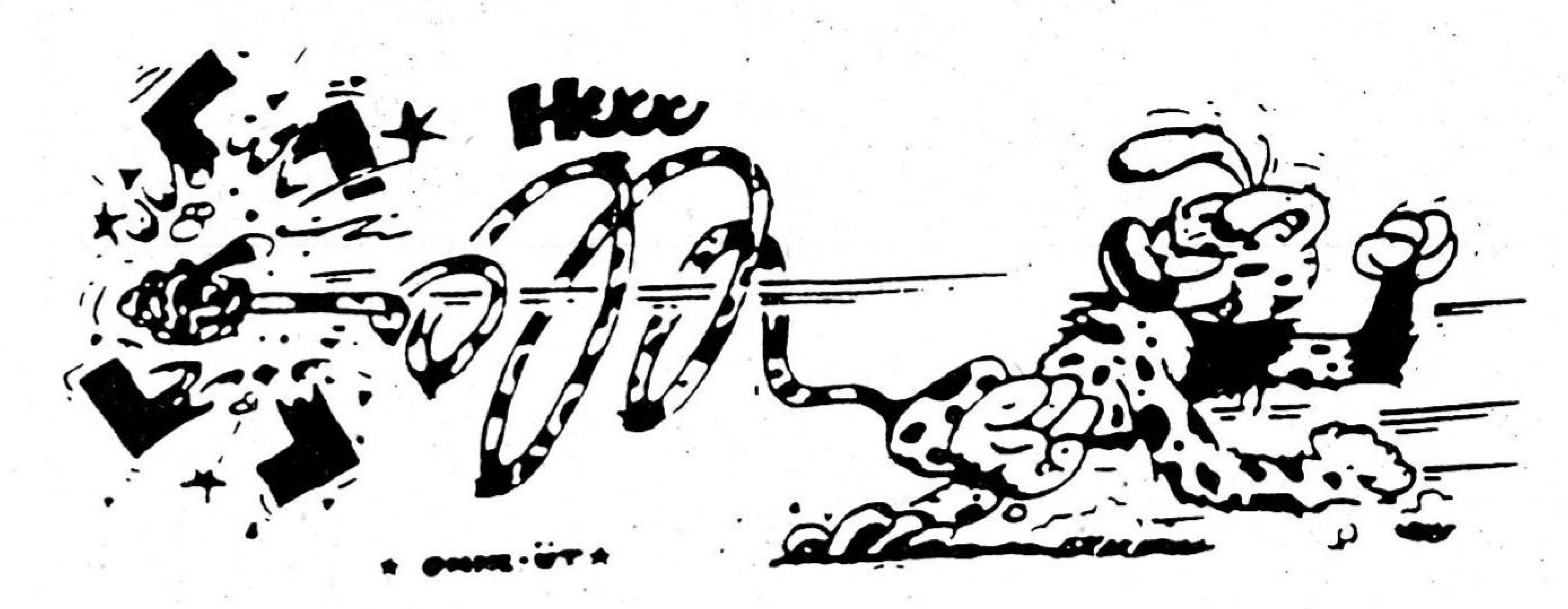
20.8.94
Autonome Antifa A+P,
organisiert in

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Liebe GenossInnen, Liebe FreundInnen!

Wie Ihr Euch vorstellen könnt, verfolge ich Eure Soliarbeit und die Diskussionen die aus dem Fall enstanden sind. Ich verfolge sie mit viel Wärme im Herzen und natürlich mit der Intensität die mir mein Leben im Augenblichk ermöglicht.
Die Demo-Fotos in der neusten Arranca haben mich Euch ein wenig näher fühlen lassen - leider kam ja nichts im Fernsehen. Nach meiner Einschätzung war die Demo ein Erfolg, Ihr habt versucht eine Demo zu organisieren, die sich nicht nur an die linke Szene richtet, habt die Angelegenheit und eine politische Einschätzung einem breiteren Spektrum präsentiert.
Eine Kritik die in der Interim Nr.288 veröffentlicht wurde, ist mir daher unbegreiflich. Abgesehen davon verstehe ich nicht, welchen Sinn der Absatz aus dem Balestrini-Buch in dem Beitrag haben sollte (trotz allem ein wunderbares Buch. In meiner Situation nochmal gelesen, hat es mir viele Augen geöfnet.). Ebensowenig ist es mir möglich zu erraten wer der/die AutorIn gewesen sein soll. ImmigrantInnen, Deutsche oder eine gemischte Gruppe? Das wäre zweifellos wichtig zu wissen um zumindest besser zu verstehen was der Text vermitteln will. So sind die Fettnäpfchen auch nicht weit... Ich glaube es ist ein großer Fehler ImmigrantInnen wie rohe Eier zu behandeln und umgekehrt die deutsche Gesellschaft ohne Ausnahme als faschistisch zu interpretieren. Außerdem, woher haben sie folgende Kritikpunkte:
In welchem Teil des Demo-Konzeptes wird ausgeführt, daß Nachhilfestunden für die deutsche Gesellschaft das einzige existierende Konzept antifaschistischer Politik sind?
FelS-Phobie ick hör dir trapsen... oder wie es bereits im Paper der ImmigrantInnen aus dem UnterstützerInnenkreis dargelegt wurde, an dieser Diskussion manifestieren sich mal wieder die alten Machtkämpfe.
Es scheint mir sehr gut, daß es Diskussionen in der Soli-Bewegung gibt. Die Position der Roten Hilfe-Berlin in Bezug darauf scheint mir absurd. Ihre Haltung zur zur "Verrats-Sache" scheint mir an der Realität vorbeizugehen. Sinnvoller finde ich die Schlüsse die von Teamwork und dem EA gezogen werden.
Ja, ich bin ziemlich geschockt. Niemand von denen die im Knast oder in der Illegalität sind, wird hin und wieder die Wut vermeiden können. Aber ich fühle mich nicht "verraten", duch welche Lügen auch immer. Wenn es immer noch Leute gibt die versuchen mit den beiden zu kommunizieren, so scheint mir das gut. Und daß sie aus der finanziellen Unterstützung ausgeschlossen sind, ist ja klar.
Ihr Verständnis von Soli-Arbeit erscheint mir als ein weiterer Fehler. Wenn sie keine Reflektion über Strategie und Mittel der antifaschistischen Bewegung zuläßt, nützt sie uns nichts. Es ist notwendig über Mittel und Ziele der antifaschistischen Bewegung zu diskutieren, wenn wir etwas voranbringen wollen, auch wenn dies sehr spät geschieht.
Diese Zeit ist nicht leicht für mich, jedoch bleibt mir viel Zeit zum Nachdenken und ich habe alle Hoffnungen meine Überlegungen eines Tages in die Praxis umzusetzen: ab und zu werde ich mir meiner Machtlosigkeit bewußt, weil ich nicht die Möglichkeit habe den Menschen die mir viel bedeuten zu helfen - Leute die ich vermisse wie nie zuvor. Das was mir bleibt, ist einen Gruß zu schicken, in der Hoffnung, daß er ankommt... Mögen sie ihre Kraft und Lebensfreude behalten. Lutz Taufer schrieb einmal, daß das Leben unbedingt schön ist, ihm kann einer/eine es ja glauben oder?
rebecca

Am Rande des Wahnsinns



Auf ein Neues ..., auch dieses Jahr findet wieder die Konzert- und Veranstaltungsreihe "Am Rande des Wahnsinns" statt. Wir haben von August bis September Konzerte und Veranstaltungen in Brandenburg und Sachsen geplant. Wir, das ist ein Bündnis verschiedener antifaschistischer Gruppen, die in Ketzin, Görlitz, Schwedt und Eberswalde die antifaschistische Kultur und Politik vorstellen und weiter entwickeln wollen. Menschen vor Ort haben den Schwerpunkt ihrer Veranstaltung selbst bestimmt.
Was wollen wir ?
Vielerorts haben sich die Rechten und Faschos schon so breit gemacht, daß linke, antifaschistische kulturelle und politische Veranstaltungen eine Rarität geworden sind. Dieses versuchen wir zu durchbrechen. Unsere Ziele sind es, mehr Toleranz, Solidarität und Raum für selbstbestimmtes Lebens zu schaffen. Dieses heißt für uns Akzeptanz von anderen Kulturen, Ethnien und natürlich auch anderen Lebensweisen. Ein anderer wichtiger Punkt ist die Gleichberechtigung der Geschlechter und der gleichberechtigte Umgang aller Menschen miteinander.
Ein weiteres Ziel ist es, linke, fortschrittliche Strukturen in den einzelnen Orten zu unterstützen und zu stärken. Rechtstendierende Kids und Jugendliche sind auch eingeladen, aber natürlich wollen wir keine organisierten Nazis bei unseren Konzerten haben !
In der BRD hat sich die Situation für Menschen, die nicht in die 'Norm' passen, in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Faschistische Gewalttaten treten auf der Straße immer offener zu Tage; Menschen werden dafür angegriffen, daß sie nicht die 'richtige Hautfarbe' haben, gehandicapt sind oder einfach nur anders aussehen. Die Ausgrenzung findet nicht nur in der Öffentlichkeit statt, auch von staatlicher Seite wird dies gefördert und ausgenutzt, wie z.B. die enorme Einschränkung des Asylrechts und die Kürzungen im Sozialbereich. Anhand von Veranstaltungen und Informationsmaterial soll der Zusammenhang zwischen staatlichem Rassismus und der alltäglichen faschistischen Gewalt auf der Straße dargestellt werden.
AntifaschistInnen, die sich gegen Angriffe und Unterdrückung wehren, werden kriminalisiert, wie in Berlin und Göttingen. Daher ist es wichtig, nicht nur faschistisch motiviertes Denken und Handeln anzuprangern, sondern diesem sich in den Weg zu stellen. Dies heißt u.a., die Ideale von Toleranz und Solidarität durch gemeinsames Handeln voranzutreiben.

Gemeinsam gegen rechts

PROGRAMM

*** Görlitz** **27.08.** Parkeisenbahn
14.oo Uhr Parkfest, Trödelmarkt, Kinderfest u.Infostände
19.oo Uhr Konzert: - Slapshot (Boston) - B 1000 (Görlitz) + special guests

*** Schwedt** **03.09.** Sportplatz Dreiklang am Hans-Eisler-Weg (hinter dem Platz der Befreiung)
12.oo - 20.oo Uhr antirasistisches,überregionales Fußballturnier und Straßenfest mit Hip-Hop-Mobil, Essen und Trinken, Infos, T-Shirts

*** Eberswalde** **10.09.** Rockbahnhof -Bahnhofstraße
12.oo Uhr Kinderfest - internationales Essen, Ausstellung von Künstlern aus EW, Graffitis
15.oo Uhr Veranstaltung: Diskussion mit der Ausländerbeauftragten aus EW und anderen
18.oo Uhr Film
20.oo Uhr Konzert: - Sandos (Cottbus) - Injusted System (Ebersw.) - Lazy man's Load

Antifa-Aktionswoche

Am Donnerstag, dem 11.8.1994, haben wir den Eingang der Redaktionsräume der schwulen Illustrierten „Magnus" mit Scheiße markiert. In seiner Augustausgabe hat „Magnus" einen Leserbrief des schwulen Münchner Neofaschisten Althans abgedruckt, der sich auf den als Nazi-Aussteiger verkauften Ingo Hasselbach bezieht. Die zynische Menschenverachtung von Althans' Verlautbarungen ist uns natürlich nicht neu, daß aber ein Blatt, das für eine von Faschisten verfolgte Minderheit erscheint, ein Forum für Neofaschisten bietet, zwingt uns zu einer Reaktion nicht nur gegen den Briefschreiber, sondern auch gegen die, die ihn veröffentlichen. Althans ist einer der führenden Nazikader in der BRD und maßgeblich beteiligt an der Organisation faschistischen Terrors. Wer anderen Menschen und ganzen gesellschaftlichen Gruppen das Lebensrecht abspricht, sie terrorisiert, mißhandelt, tötet, kann sich nicht auf ein Recht zu freier Meinungsäußerung berufen!

Keinen öffentlichen Raum für Faschisten unter dem Deckmantel der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ! Faschismus in der schwulen Szene aufdecken und isolieren ! Für eine nazifreie Sub !

Schwule gegen ein Viertes Reich e.V.

wir haben in der nacht von donnerstag auf freitag (11./12.8.) die autos von wolfgang juchem in hessisch lichtenau und wilhelm köberich in eschwege abgefackelt.
diese beiden gut befreundeten krawattenskins beteiligten sich 1991 bis 93 gemeinsam an den Rudolf-hess-gedenkmärschen. juchem war 1992 redner in rudolstadt. beide sind knotenpunkte im netzwerk deutscher und internationaler faschistInnen. sie traten zb. mehrfach mit der führungsriege der ges innungsgemeinschaft der neuen front (gdnf) auf. köberich lernte auf dem kühnen-begräbnis 1992 den als volksverhetzer verurteilten thomas dienel kennen. dienel erregte im selben jahr aufsehen, als er seine nazitruppe bei angriffsübungen gegen fiktive flüchtlingsheime von fernsehen filmen ließ. köberich wurde generalsekretär von dienels dnp(deutschnationale partei).
juchem war viele jahre mitarbeiter des bnd beim horchposten auf dem hohen meißner/hessen, bevor er befördert wurde. heute ist er im ruhestand und lebt von seiner staatspension. juchem ist eine integrationsfigur der gesamten rechten. er pflegt beste internationale kontakte zu faschistischen kreisen, z.b. nach südafrika. in der brd geht er bei vertreterInnen aller faschistischen strömungen ein und aus: von den militanten nazis der gdnf und der nationalistischen front (nf) bis zur deutschen liga (dl) und den reps. auch in bürgerlichen kreisen genießt er hohes ansehen, zb. bei einigen kripobeamten.
dieses jahr haben sie jedenfalls keinen heißen reifen gefahren.
mit feurigen grüßen

einige antifaschistische feuersalamanderInnen

Erklärung zum Brandanschlag auf die FREPO in Liestal (BL/Schweiz) - 1. August 1994

Heute in den frühen Morgenstunden haben wir diese Terrorabteilung mit 60 Liter Brandgemisch angegriffen, um ein Zeichen zu setzen im weiteren Kampf gegen Rassismus.

Du sagst:
Ja, müde bin ich, ausgelaugt und krank.
Ich suche - aber nicht hier !
Was ich suche - ich weiss es nicht.
Doch es wird wohl weit weg liegen.
Was mir fehlt ? Der Erfolg. Mehr Spannung im langweilig gewordenen Leben.
Vielleicht auch ein wenig eine Utopie!
Warum soll ich die Metropolenprivilegien nicht auskosten? Sonst tut es jemand anderst und ich hatte es ja immer so schwer. Was kann ich gegen den Krieg der Waffenhändler, der Multis, Banken und Börsen? Es ist ja überall Krieg!
Was soll also die Parole "CH-Waffen,CH-Geld morden mit in aller Welt!" in der heutigen Zeit?
Sind die ökologische Verwüstung, die sich tatsächlich häufenden Umweltkatastrophen wirklich so schlimm? Der Wald ist ja noch! Und wieviele Tschernobils, Mâllevilles und Mühlebergs könnten wir wohl vertragen?
Natürlich sind alltägliche Gewalt, Vergewaltigungen von Frauen.und Kindern, Handel und Prostitution schlimm. Doch das war ja schon immer so.
Und überhaupt, vielleicht bringt Gentechnologie doch mehr als wir meinten, wie wir das ja auch bei der Computertechnologie selber sehen können. Mein Compi spart mir unheimlich viel Zeit! Dafür kann ich besser arbeiten, verdiene mehr und kann so auch die teure Wohnung bezahlen. Lohnsklaverei? Sag mal, bin ich denn so ein/e antiquierte/r Klassenkämpfer/in? Unbezahlte Hausarbeit? Jetzt hör mir aber mal auf!
Natürlich bin ich auch gegen Rassismus und Faschismus!!

So reden, nein, so denken wir.

Aber was ist denn wirklich unser gemeinsamer Nenner? Einige mögen zB. bestreiten, dass kapitalistische Profitmacherei, Patriarchat, Rassismus bei den hier eingeborenen Ausgebeuteten und Unterdrückten verfängt, sich reproduziert.
Aber was soll dieser Einwand eigentlich, was ändert er?
Wir gehen davon aus, dass Verdrängung, oder Verteidigung der eigenen Stellung in der Leiter der Hirarchie eine prägende Realität ist.
JedeR CH-ProletIn zB., die/der rassistische Sprüche klopft, verdrängt, dass die Oberen, die herrschende Klasse hier sie/ihn ausbeuten, Arbeitshetze intensivieren, entlassen. JedeR MieterIn, der/die sich aufregt, die AusländerInnen würden ihnen billige Wohnungen wegnehmen, vergisst, dass die riesigen Bürolandschaften, Yupifizierung den Wohnraum verteuern und zerstören, dass Banken, Vielhäuserbesitzer, Spekulanten die grossen Gewinne einstreichen. Ausserdem wird vergessen, dass Saisonniers auch heute noch in Baracken und überfüllten Zimmern hausen müssen und ihnen dafür noch viel Kohle aus der Tasche geklaut wird!
Jeder CH-Mann, der die Ausländer beschuldigt vorallem sie würden Frauen belästigen, verdrängt oder lenkt bewusst davon ab, dass er selber tagtäglich sexistischer Profiteur ist. Jeder betrachtet Frauen als sein Eigentum, als ein 'Sexualobjekt' und macht frauenverachtende Sprüche, oder betascht sie wo und wann er will. Mann geilt sich mit Blick-Sexismus und Pornographie auf, vergewaltigt Mädchen und Frauen in den Sextourismusparadiesen oder zu Hause.

Wollen wir dies alles entschuldigen mit dem Argument von unzähligen Gehirnwaschprogrammen?
Sicherlich sind Massenmedien, Erziehung, Politik, Auto-und Konsumfixiertheit und männlicher Ueberlegenheitswahn Gehirnwäsche. Doch diese Erkenntnis alleine reicht nicht, weil die subjektive Mitverantwortung und Korruption damit zuwenig aufgebrochen wird.
Oder brauchen die Menschen hier doch nur sog. Aufklärung, um die wirkliche, ungeschminkte Situation zu erkennen und dann gehts nur noch hoppla-hopp los mit dem Kampf?
Nein, das ist doch wirklich nicht ganz realistisch. Und jetzt? Was tun?

Das alles heisst für uns bestimmt nicht, es sei nicht trotzdem nötig, weiterhin Agitation und Propaganda, Flugis, Plakate, Sprayereien und viele andere [illegible] Sachen zu machen, mit den Menschen zu Diskutieren und auf die Strasse zu gehen.
Natürlich, und immer öfters. Doch das allein wird wohl kaum reichen - falls wir immer noch ein wenig mehr im Auge behalten wollen, als nur zu protestieren, rachend den Frust zu stillen, den Befreiungsbewegungen im Trikont zu helfen oder eine erkämpfte Nische zu behalten.
Doch da liegt ein wesentlicher Punkt:
Meint ihr nicht auch, es wäre dringend an der Zeit, wieder vermehrt über Ziele und Möglichkeiten zu diskutieren? Ueber Utopien und Organisierung? Meint ihr nicht auch, dass mehr Verantwortung auf sich nehmen nötig wäre, wollen wir aus dem düsteren, depressiven Klima rauskommen und die Situation längerfristig sogar umkehren?

Gründe zu kämpfen waren, sind
zu genüge da:
Trotzdem....
Gründe zu resignieren waren, sind
zu genüge da:
Trotzdem....

Trugschluss den Kampfgeist mit Argumentation erzwingen zu wollen;
Trugschluss die heutige Resignation als ewig begründen zu wollen;
Machtlosigkeit der Argumente
inflagranti ertappt!

Was nun?

Trotzallem
auch wenn es aussichtslos scheint,
gab und gibt es Befreiungskämpfe
Trotzallem
auch wenn es scheint, nur Niederlagen, Misserfolge zu geben, gab und gibt es KämpferInnen

Einige möchten eine klare fassbare Erklärung haben
Einige möchten verstehen, alles in eine Logik bringen
Einige möchten alles in ein Aufwand/ Ertrag Verhältnis stellen
....

Vergebens!

Die Befreiung ist eben Befreiung und lässt sich nicht im Netz der Vernunft einfangen;
Wie der Drang nach Befreiung sich nicht in eine logische Argumentation einengen lässt!

Wenn die Angst den logischsten Entscheid rückgängig machen kann,
kann aber auch die Liebe und Solidarität jegliche Logik über Bord werfen
kann aber auch die Sehnsucht nach Befreiung Berge versetzen

All diese Wünsche, Sehnsüchte nach Befreiung, Emanzipation können manchmal bis zum Wahnsinn stark sein, wie Gefühle halt sind

....und siehe da
- ein so unbezahlbares, wie gewaltiges und schönes Ergebnis:

Ein Stück Hoffnung, Glück ist so
plötzlich wieder fühlbar

Wieso ist eine Sache genau zu wissen, wie alles abläuft (und darin ist die Linke ja besonders stark) und eine ganz andere, mit diesem Wissen zu handeln?
Wissen ist eine Waffe! wird gesagt.
Hier scheint es zum Gegenteil zu führen, anstatt, wissend gegen das 'Wissen' einer fast unmöglich erscheinenden Praxis zu handeln.

Oder seht ihr das bis jetzt Gesagte nicht auch so? Ja, äussert euch, kann sein, dass wir uns täuschen, aber erstmal wollen wir so weiterfahren.
Wir behaupten, dass doch sehr viele wissen, dass mit Rassismus und was damit von Oben, von institutioneller, staatlicher Seite her gemacht wird, eine repressive und reaktionäre Politik vorangetrieben wird:
-Aussonderung und Aussperrung von hunderttausenden Menschen an den Grenzen und im Innern mit weiteren Sondergesetzen und Zwangsmassnahmen - Ausbau der Festung CH-Europa
-Frauen auf der Flucht werden immer mehr in Zwangsehe/Sexbuisiness getrieben
-Kontroll- und Repressionsausbau gegen missliebige Menschen, gegen heutige und zukünftige Opposition und Widerstand
- tagtäglicher rassistischer, faschistischer Bullen-/Behördenterror, Sprüche, Erniedrigungen überall und immer.
Aber das Essen darf indisch, die Musik afrikanisch sein und sowieso ist multikulturell super!
Oder täuschen wir uns über die Dimension der Realität? Täuschen wir uns über die Dimension der Verdrängung, über die Abstumpfung und Anpassung gegenüber dieser Normalität bis faschistoiden Zustand?

Rassismus und faschistische Tendenz

Heute, offener sichtbar, ist dies wieder einer der zentralsten gesellschaft-

An die Müden! An die Suchenden! An die Krankenden!

lichen Widersprüche und je mehr, dass andere Konflikte, wie Lohnsklaverei, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Spekulation ua. brennend sind, wird gerade Rassismus gefördert und werden faschistische Ideen und autoritäre 'Lösungen' lanciert und verbreitert.
Es ist gerade dieser Dreh - wieder - mit dem zuerst die Rechtsaussen und wie dann mehr und mehr auch weniger rechtsstehende Parteien und Personen 'einleuchtende Begründungen' für rassistische Praxis haben.
'Gesellschaftsfähig' machen Rassismus aber nicht die Rechtsaussen, sondern sogenannt Bürgerliche, wie CVP,FDP,LDU, SP-Exekutiv-Leute und die Massenmedien. Sie alle propagieren eine offenere rassistische Argumentation und durch ihr Image der 'wohlanständidkeit' wurden zB. die rassistischen Zwangsmassnahmen, Gewaltprojektionen gegen nicht CH-PässlerInnen breiter legitimiert.
Die allgemeine Polarisierung nach rechts wird von der Mitte vorangetrieben, die blutigen Anschläge gewalttätiger Rassisten legitimiert, Angst in die Köpfe der Menschen eingetrichtert. Die politische Mitte wurde zur Mitrechten und in Wechselwirkung mit SVP,SD,VPM, 'Referendumskomitee gegen das Anti-Rassismus-Gesetz', etc. geht die Entwicklung gradlinig auf einen weiteren Ausbau einer reaktionären, totalitären Gesellschaftsformierung hin.
Wobei letztere (SVP,SD,VPM,Rahms-Bande) vernetzt quer durch den Wissenschafts-/ Medien-/ Polizei-und Armeeapparat, ein offensiveres Ausmerzverhältnis bis hin zu faschistischer Ideologie vertreten, um die gesellschaftlichen Widersprüche nach ihrem Geschmak zu lösen.

Und es passiert - auch wieder -etwas 'Seltsames', etwas, dass wir aus der Geschichte schon kennen. Niemand weiss so genau, was alles abläuft: In den Lagern, an der Grenze, den Aufnahmezentren, in den Knästen, Polizeiposten, bei den Behörden, auf dem Flugplatz und, und.. "Das haben wir halt alles nicht gewusst". Niemand weiss so genau; oder will es niemand so genau wissen? Niemand so gena u hinsehen, so genau schreiben und berichten? Was ist die FREPO? Nun ja, das wird schon korrekt zu und hergehen dort. Nein, Folter oder unmenschliche Bedingungen existieren nicht. Und zudem sind die bei dieser Flut halt auch überlastet. Da sind diese Ausländischen ja auch selber schuld.
Doch es könnten alle hier wissen, wie brutal, wie unmenschlich es schon heute ist, schon immer war. Ein wenig ist die Geschichte gelichtet worden, durch einige bekanntgewordene Fälle ein wenig Licht ins Dunkel gebracht. Doch dies stellt nur die kleine Spitze des Eisberges dar, ist nur ein kleines Körnchen der ganzen Wahrheit über die Macht und Praxis der FREPO. Darüber, wie sie über den Alltag und die Zukunft von unzähligen Menschen ausländischer Herkunft herrscht. Darüber, dass v.a. die FREPO massgebend ist bei den Schreibtischentscheiden, den hunderttausenden - bzw. Millionen über all die Jahrzehnte hinweg - von Menschen zurück ins Elend, in den Tod oder die Hände der Folterknechte getrieben hat, seit es diese Terrorabteilung gibt.
Diese SA mit anderem Namen, die heute keine jüdischen Menschen mehr abholt oder zurückschickt, sondern 'ausländische', hat immer eine wichtige Rolle bei der Verfolgung von Menschen gespielt. Ob gegen Fahrende, sozialistische, anarchistische oder andere linke ImmigrantInnen seit dem letzten Jahrhundert, oder gegen streikende ausländische ArbeiterInnen gestern und sicher auch gegen Streikende und sonst Widerstandleistende heute und morgen, oder bei der Ausschaffung von Flüchtlingen zurück in den Faschismus in Deutschland, Italien, Chile, Türkei.... Und diese Schreibtisch-Mörder-Zentrale treibt weiterhin und in aller Ruhe ihr Unwesen. Gerade auch die nun kommenden, bzw. geplanten Zwangsmassnahmen im sog. Ausländerrecht sind ein weiterer Ausbau dieses Terrorapparats und seiner unheimlichen Macht.

Meint ihr nicht auch, dass die Stille, in der im Alltag, auf der Strasse, auch bei der Linken, zB. die Zwangsmassnahmen, Abschiebungen, Ausgrenzungen über die Bühne gehen, sehr tiefgreifend das Klima der Ohnmacht verbreitert? Ohnmacht, Orientierung an der Macht, am 'Normalen', an den vermeintlichen Stützen des starken Systems, an der bestehenden Klassengesellschaft?
Wir gehen noch etwas weiter. Wir denken, was jetzt mit Rassismus läuft hat Signalwirkung auch für andere Bereiche. Für die aufgeputschten SchreibtischtäterInnen, Wirtschaftskreise, Repressionsorgane ein Zeichen, dass sie (fast) alles machen können, was sie im Moment für nötig halten. Für die gewalttätigen Rassisten die Legitimation ihr blutiges Treiben gegen Flüchtlinge noch härter voranzutreiben.
Und für uns, Müden, Krankenden der 'Beweis', dass dagegen fast nichts zu machen ist. Ein Teil der Linken hat allenfalls noch ein paar Illusionen des kleinen Aufschubs per Referendum, wo bei den jeweiligen Abstimmungsschlachten und Medienspektakel die besseren Demagogen und dickeren Budgets die Sieger sind. Während so die Rechte Runde für Runde bucht, verschleisst die Linke ihre Kräfte, lebt von verwässertem Referendum zu kompromisslerischer Initaitive und verliert einen radikalen Blick und kämpferische Praxis ausserhalb.
Halt, nein falsch. Es ist nicht so, dass wir diese Arbeit ignorieren, einfach diskreditieren wollen. Wir achten alle, die ihre Stimme erheben. Aber glaubt ihr nicht auch, dass nach einer Abstimmung, gewonnen oder verloren, die Frage gleich sein wird wie heute: Wie setzen wir uns durch, wie realisieren wir unsere Ideen, wie kommen wir zu unseren Rechten, wie erkämpfen wir zB. das Bleiberecht und allumfassende Menschenwürde? Wie also behindern, sabotieren wir zB. diesen Terrorapparat FREPO, oder wie schaffen wir Solidarität zwischen uns allen, CH-PässlerInnen und Nicht-CH-PässlerInnen? Wie überwinden wir Resignation und Orientierungslosigkeit?

Wir reden nicht gegen Aufklärung, sog. Basisarbeit und Information. Aber wir sehen deren begrenzte Wirkung, wenn nicht auch offensivere, inhaltlich klare und radikale Perspektiven diskutiert und militante, sabotierende Aktionen initiiert werden. Eben, das unmöglich erscheinende trotzdem zu tun. Es ist vielleicht nicht so unmöglich.
Klar stimmt! Das Grauen wird dadurch nicht einfach ein Ende nehmen. Aber wir können an einem Punkt, an mehreren Punkten, klarmachen, dass es an uns liegt, zu verhindern, dass dies alles ruhig, ungestört über die Bühne gehen kann. Wir wollen mit unser Aktion so auch ausdrücken, dass ohne all ihre einzelnen Teile das Ganze, die Maschinerie nicht einwandfrei funktionieren kann. Wir wissen und wir können es spüren, dass sie trotz allem nicht alle Macht haben, dass wir manchmal kleinere, manchmal grössere aufschiebende Wirkung erzielen können. Wir sind nicht ohnmächtig und wir haben längst nicht all unsere Möglichkeiten ausgeschöpft.

Und um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen. Wir meinen nicht, so, jetzt gut, jetzt haben wir unser Gewissen wiedermal beruhigt und können uns wieder in unsere verschiedenen Weltbeobachtungssessel zurücklehnen.
Sicher meinen wir nun nicht, jetzt laufe alles von selbst, wir hätten unseren Teil geleistet und unseren 'Spass' gehabt. Ein bisschen anstrengender ist es schon. Vorsorglich haben wir deshalb unseren längeren Ferienaufenthalt auf den Kanarischen und im Trikont aufs nächste Jahrtausend verschoben.
Allein mit ein, zwei Aktionen, wie gut sie auch sein mögen, sind noch keine Berge zu versetzen (resp. zu schützen, wir wollen ja nicht auch noch die Berge planieren, das versucht je, mit einigem Erfolg leider, die mächtige Autoindustrie!). Aber wir wollen Hände und Stimme erheben, wir wollen, dass sich was ändert, sich was verändert bei den Menschen. Nicht erst dann, wenn wir gerade beim AHV-Alter angekommen sind und die AHV gerade kurz davor aus Spargründen auf 90 Jahre hochgesetzt wurde.
Nein, allein mit ein, zwei Aktionen verhindern wir noch nicht allzu viel. Aber kleine Flammen, die auch bei uns entstanden sind, als letztes Jahr freiheitsuchende Funken die BLICK-Produktion erreichten und zu verhindern versuchten und auch in unseren Herzen und Köpfen Hoffnung entflammten, diese Funken und Flammen weiter zu beleben, das wollen wir. Den Widerstand verstärken und weitertragen, weiterentflammen. Und wie? So fragst Du. Eben mit vielen anderen Funken; Funkt's? Ciao

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.
ANTIRASSISTISCHES TELEFON
ZAG REDAKTION



Antirassistische Initiative · Yorckstraße 59 · 10965 Berlin

Berlin, 8.8.1994

OFFENER BRIEF

HUNGERSTREIK IM ABSCHIEBEKNAST !

Am 5.7.94 formulieren 26 Häftlinge des Abschiebegewahrsams Kruppstraße Forderungen, denen sie ab folgendem Tag mit dem Beginn des Hungerstreik Nachdruck verleihen.

Diese Forderungen stehen für sich und werfen ein Bild auf die Zustände, unter denen die Betroffenen seit langem leben und leiden müssen.

Sie beschreiben katastrophale hygienische Mißstände, willkürliche und diskriminierende Behandlung durch das Haft-Personal, unmenschliche Besuchsregelungen und andere menschenunwürdige Lebensbedingungen.

Am 4. Tag des Hungerstreiks - es beteiligen sich ca. 50 Personen am Streik - weist der Polizeipräsident Hagen Saberschinsky die Existenz dieser Mißstände im Abschiebegewahrsam vehement zurück. Auch Innensenator Dieter Heckelmann beschreibt die Kritikpunkte als "größtenteils unberechtigt".

Nichtsdestotrotz einigen sich der Senator, die Ausländerbeauftragte und die ausländerpolitischen Sprecher der Fraktionen der Parteien des Abgeordnetenhauses von Berlin auf die Erfüllung von 14 der insgesamt 16 Forderungen. Ein deutlicher Beleg für die Berechtigung der erhobenen Forderungen und somit für die Berechtigung des Hungerstreiks.

Einzelne Häftlinge hatten oft versucht, auf die Situation aufmerksam zu machen. Sie versuchten es alleine oder über ihre RechtsanwältInnen. Sie wandten sich an die Ausländerbeauftragte, an den Ausländerausschuß des Abgeordnetenhauses, an Pax Christi und an die Initiative gegen Abschiebehaft. Es gelang ihnen jedoch letztlich erst durch diesen gemeinsamen Hungerstreik, eine Zusage zur Erfüllung der Forderungen vonseiten der Innenverwaltung zu erhalten. Erst durch diesen Hungerstreik wurde die Innenverwaltung gezwungen, sich mit den Forderungen der Streikenden auseinanderzusetzen, die Forderungen zu überprüfen und ihnen nachzugeben.

Im krassen Gegensatz dazu steht die Vorgehensweise der Polizei, die schon schon am 3. Tag des Hungerstreikes einzelne Hungerstreikende herausgegriff, in andere Bereiche verlegte und zum Teil mit Anzeigen wegen Nötigung kriminalisierte.

Nach Beendigung des Hungerstreikes wurden 9 Menschen aus dem Abschiebegewahrsam Kruppstraße in die Untersuchungshaftanstalt Moabit verlegt. Unter ihnen 3 Personen, die unter der Androhung, sich öffentlich aufzuhängen, eine erneute Überprüfung ihrer Akten erzwingen wollten.

Die Verlegung nach Moabit ist eine deutliche Bestrafungsaktion für die Betroffenen. Die Gruppe der Häftlinge wird gespalten und es entsteht erneut Angst und Verunsicherung. Mit der Bezeichnung der nach Moabit verlegten Häftlinge als "Rädelsführer" wird die gemeinsame Willensäußerung von über 50 Personen auf eine Aktion einzelner "Querulanten" reduziert.

Durch diese Bestrafungsaktion werden die Opfer dieser Politik wieder einmal zu Tätern gemacht.

Die Forderungen der Hungerstreikenden beziehen sich in erster Linie auf den Erhalt von minimalen aber dringenden alltäglichen Über-Lebensmitteln (Möglichkeit zu telefonieren, warmes Wasser, Wäschewechsel...).

Der eigentliche Skandal ist aber die Institution der Abschiebehaft selber.

Aufgrund der Sondergesetze für AusländerInnen ist es möglich, Menschen über Monate, sogar über Jahre einzusperren - d.h. zu bestrafen - , die nichts anderes "verbrochen" haben, als nach Auffassung der Ausländerbehörden hier unerwünscht zu sein.

Es sitzen zur Zeit in Gefangenschaft:

Menschen, die keine gültigen Reisedokumente haben oder nicht identifizierbar sind (z.B. PalästinenserInnen, KurdInnen aus dem Libanon, AlgerierInnen).

Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Staatenlose.

Ehemalige StraftäterInnen, die nach Ablauf ihrer Haftzeit jetzt abgeschoben werden sollen.

KurdInnen und AngolanerInnen, für die eine Abschiebestopregelung beschlossen wurde.

Mit Deutschen Verheiratete ehemalige StraftäterInnen oder Illegale, die für einen bestimmten Zeitraum die BRD verlassen müssen, um dann wieder einreisen zu können.



Personen, die ausreisen wollen und dies auch nachweisen können.
Personen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere auf der Straße verhaftet wurden, z.B. Flüchtlinge, die auf dem Weg zur ZAA waren (wegen Antragstellung auf Asyl).

Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde.

Personen, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist.

Die unterzeichnenden Organisationen akzeptieren die Institution Abschiebegewahrsam in keiner Weise.

Wir unterstützen aber die Forderungen der Gefangenen in den Abschiebegewahrsamen:

- Zurückverlegung in den Abschiebegewahrsam Kruppstraße.
- Keine strafrechtliche Verfolgung, die in Zusammenhang mit dem Hungerstreik steht.
- Erfüllung der Forderungen des Hungerstreikes.
- Einzelfallprüfung und anschließende Entlassung der Inhaftierten.

Antirassistische Initiative e.V. (ARI)
Weltfriedensdienst e.V.
PDS-Praktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost/West
SOS-Rassismus Berlin e.V.
dAntifa-Referat der Humboldt-Universität Berlin
ASTA der Technischen Universität Berlin
medico international e.V.
Fraktion Bündnis 90/Grüne/UFV im Abgeordnetenhaus von Berlin
Oase Pankow
Kontakt- und Beratungsstelle für außereuropäische Flüchtlinge e.V.

ZEUGiNNEN GESUCHT ! ! !

ANTIFA-DEMO AM 21.05.94 zum KNAST BERLIN-MOABIT

Bei dem zweiten Bullenangriff auf den Lautsprecherwagen während der Knastkundgebung Ecke Alt-Moabit/Rathenower Straße gegen 20[10] Uhr bekam ich von einem ziemlich großen Bullen mit der Faust auf die Nase (Nasenbeinbruch). Ich (Mann, 28, blonde Haare, 177cm) trug eine Sonnenbrille, schwarze Baumwolljacke, weißes T-Shirt, schwarze Jeans und graue Brooks-Laufschuhe. Ich stand bei diesem Angriff in der ersten Reihe, ungefähr 6-7m rechts neben dem Lauti.
Wer/welche hat was gesehen oder Fotos gemacht? Bitte beim EA Berlin melden: Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel.: 030/692 22 22

Liebe Leute!
Wir bitten Euch darum, folgenden Text zu veröffentlichen:

Die meisten Medien haben den Hungerstreik der RAF-Gefangenen totgeschwiegen. Wir nehmen diese Manipulation nicht länger hin und wollen Eine Gegenöffentlichkeit schaffen.
Deshalb haben wir in Oldenburg in der Nacht vom 31.Juli auf den ersten August Die Bezirksregierung mit "Freiheit für Irmgard" besprüht.
Am nächsten Morgen verteilten wir die Hungerstreikerklärung mit zusätzlichen Infos zur Geschichte und jetzigen Situation von Irmgard in der Mensa und auf den Klos der Uni.
Die Bullen reagierten sofort indem sie die Bezirksregierung stundenlang abfotografierten und zwei Zivis in die Mensa zum Essen sdhickten!
In der Nacht vom 6.August auf den 7.August sprühten wir einen längeren Text in unmittelbarer Nähe des Freibades. Außerdem verschönerten wir die Bäume eines großen, öffentlichen Parks mit einer Chronologie rund um die totgeschwiegenen Ereignisse dieses Hungerstreiks,
Wir haben uns für diese Aktiomsform entschieden, weil wir das Verbreiten von ansonsten nichtveröffentlichtenInfos in Parks, auf Mülleimern, auf öffentlichen Bänken...für sehr effektiv und relativ ungefährlich halten.
DIE GEFANGENEN BRAUCHEN UNSERE SOLIDARITÄT!
FREIHEIT FÜR IRMGARD UND ALLE ANDEREN POLITISCHEN GEFANGENEN!
Wir freuen uns auf viele verschönerte Parks und viele "allwissende" Mülltonnen!

Keine Gentechnik in der Landwirtschaft

Gen-Versuch mit Messer gestoppt

In den Münchner Lokalberichten vom 21.7.94 dokumentierten wir einen Demonstrationsaufruf der Bürgerinitiative BASTA gegen Gentechnik in der Landwirtschaft. Zur Information dokumentieren wir hier einen Pressebericht der Fürstenfeldbrucker Neuesten Nachrichten / Süddeutsche Zeitung vom 23./24. Juli 94.

Olching — Die genmanipulierten Maispflanzen auf Gut Roggenstein (Landkreis Fürstenfeldbruck/Oberbayern) wurden von unbekannten Tätern umgehauen oder eingeschnitten. Das bedeutet nach Ansicht der Wissenschaftler einen schlimmen Rückschlag für den Freisetzungsversuch der TU München. . . .

Die Polizei ermittelt wegen Sachbeschädigung, bis jetzt sind die „Attentäter" jedoch noch unbekannt. Unklar ist auch der Zeitpunkt des „Anschlags". . . .

Die organisierten Versuchsgegner wie beispielsweise die Bürgerinitiative BASTA distanzierte sich von der Tat: „Wir begrüßen zwar, daß die Pflanzen weg sind, aber nicht die Art und Weise, wie das geschehen ist" erklärt Simon Baumann von der Initiative. In einer Presseerklärung betont „BASTA", daß sie sich weiterhin mit „allen demokratischen Mitteln" zur Wehr setzen wird: „Wir setzen auf die Macht der politischen Debatte und der Aufklärung und verzichten auf Gewalt". Auch Sabine Pfeiffer vom Landesbund für Vogelschutz (LBV) kommentiert, daß die Tat „überhaupt nichts bringt".

Eingeschnitten wurden sowohl genmanipulierte wie unbehandelte Pflanzen auf dem Versuchsgelände, lediglich die Mantelsaat blieb unbeschädigt. „Es werden zwar einige Pflanzen überleben, sie werden aber keine Pollen produzieren" beschreibt der Versuchsleiter, Professor Gerhard Wenzel, die Folgen. Mit den beschädigten Pflanzen werden nun die Wurzeluntersuchungen und die Kompostierung wie geplant durchgeführt, auch die Rapspflanzen sollen wie vorgesehen im August ausgesät werden. Unklar ist noch, ob der Versuch wegen des „Anschlags" um ein Jahr verlängert wird.

So entschieden sich die Bürgerinitiative „BASTA" von der Tat distanziert, so eindeutig sieht sie sich in ihrer Ablehnung des Versuchs bestätigt: „Die Zerstörungen sind das Ergebnis des Versuchs, eine Großtechnologie gegen den erklärten Willen der Bevölkerung und unter systematischem Ausschluß der Öffentlichkeitsbeteiligung durchzusetzen" schreibt sie. Wenn man die Öffentlichkeit vor bereits vollendete Tatsachen stelle, müsse man sich nicht wundern, wenn betroffene Bürger diese Strategie übernähmen.

Stärkere Sicherheitsmaßnahmen am Versuchsgelände wird es voraussichtlich nicht geben: „Eine Einzäunung des Geländes nützt nichts" meint Müller, „um das Areal wirklich zu schützen, müßte man es Tag und Nacht bewachen". Das jedoch sei die falsche Geste gegenüber der Bevölkerung, die man von der Ungefährlichkeit des Versuchs überzeugen wolle . . .

Der Sachschaden wird von der Polizei auf rund 2000 Mark beziffert. Falls die gesamte Versuchsreihe gefährdet sei, würde das einen Verlust von über 100000 Mark bedeuten.

Wenzel betont jedoch, daß der materielle Schaden viel schwerwiegender sei: Firmen würden abgeschreckt und künftig verstärkt im Ausland produzieren, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Pflanzenzüchtung gefährdet sei.

Quelle: Münchner Lokalberichte / CL-Netz

---

wir haben in der nacht zum montag, dem 8.8.94, den etwa 50 qm großen mit genmanipulierten kartoffeln bepflanzten acker des max-planck-institutes (mpi) für züchtungsforschung, carl-von-linne-weg 10, 50829 köln, mit einer stark überdosierten menge handelsüblichen unkrautvernichters behandelt. wir wollen damit die auswertung des experimentes unmöglich machen.
einer der köpfe der grünen revolution ist das mpi. grüne revolution steht für industrialisierte landwirtschaft, die mit hohem technischem, chemischem und energetischem aufwand zunächst hohe erträge erzielt. sie ruiniert dabei die besten böden in aller welt und dient im wesentlichen dazu die unersättliche gier des reichen nordens zu stillen. um den ertrag zu halten muß immer wieder mehr dünger und pestizide zugeführt werden.
gentechnologie bietet keinen ausweg. sie macht neue pflanzen, deren giftigkeit bewußt fahrlässig nicht getestet wird. durch absolute genetische identität werden diese pflanzen noch anfälliger gegen krankheiten, schädlingsbefall und witterungseinflüsse. erhöhter pestizideinsatz würde die folge sein. dem haben wir einen riegel vorgeschoben.
niemand will gentechnik im essen. glaubt das endlich.

die resistenten blattrollvireninnen

Aufruf zur Anti-EU-Kampagne

Kommt alle vom 9.-11. Dezember 1994 nach Essen. Anlaß: Das Gipfeltreffen der 12 Regierungschefs der EU - unter deutschem Vorsitz. Gegen den Euroimperialisten-Club hat sich ein Bündnis gebildet, das zu folgenden Gegenaktionen aufruft:

I. Vorbereitungskonferenzen

a) **Berlin:** Anti-EU-Gruppe/Internationalismus-Referat des AStA der FU Berlin & Ökologische Linke Berlin, *Thema und Datum noch unbekannt* *und:* Antifa-Alt-Moabit, Baobab-Infoladen, Nov.ember 1994, *genaues Datum noch unbekannt*: "EU +Osteuropa"

b) **Nürnberg:** Lateinamerika-Komitee, 15. Oktober 1994, "Eurostrategien der Rechten"

c) **Köln:** Anti-EG-Gruppe, 11. November 1994, "EU und '3. Welt"

II. Auftaktveranstaltung

Freitag, 9. Dezember 1994, Essen

Die Veranstaltung soll Tribunalcharakter haben und die Ergebnisse der Vorbereitungskonferenzen in eine Anklage gegen die EU formulieren. Es ist die Teilnahme internationaler Gäste geplant. Verantwortlich: Anti-EU-Gruppe, TEE, Ökologische Linke

III. Gegenkongreß

Sa./So., 10./11. Dezember 1994

Samstag, 18-19 Uhr, **Zentrale Veranstaltung** aller 4 Foren, die von 19 - 21 Uhr getrennt weitergehen. So., 9-14 Uhr. **Foren:** So., 14-16 h: **Abschlußplenum: "Perspektiven d. Widerstands".**

FOREN:

Forum 1: "Euroimperialismus: Ausbeutung und militärsche Absicherung der Macht".
Verantwortlich: PDS-AG Frieden und Internationale Politik, Helmut Scholz, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel. 030/28409352;
Mitarbeit (angefr.): Netzwerk Friedenskooperative, Terres des Hommes, Pax Christi, BUKO Rüstungsexport-Kampagne, Kurdistan-Komitee
Inhaltl. Stichworte: *Konzeptionen militärischen Eingreifens: WEU/ Schnelle Eingreiftruppen UNO, NATO [illegible] Atomwaffensperrvertrag/ atomare Aufrüstung der EU?/ Osteuropa: Fußabtreter des Wirtschaftsblocks EU*

Forum 2: "Festung Europa: Staatlicher Rasssimus und Repression / Faschistische Organisierung in Europa".
Verantwortlich: Antifa-Landeskonferenz NRW, c/o Wolfgang Freye, Postfach 10 03 65, 45003 Essen, Tel. 0201/735 803. Mitarbeit: Initiative f. pol. Gefangene Hamburg. Mitarbeit (angefr.): Antifa (M) Göttingen, Libertad!, BAG Kritische PolizistInnen, SOS-Rassismus, Cilip, Claudia Roth (MEP, Bündnis 90/Grüne), NRW-Flüchtlingsrat, ai, Uni Bochum-Referat Grundrechte.
Inhaltliche Stichworte: *Abschottung Schengener und Dubliner Abkommen, Festungen/Lager, TREVI/Europol/ polit. Gefangene/ Eurodiktatur: Abbau von Grundrechten und Kontrollelementen/Zentralismus, Vernetzung d. Faschisten/Nationalistische Europakritik von rechts.*

Forum 3: "Soziale Verlendung".
Verantw.: Anti-EU-Gruppe Gelsenkirchen, c/o Initiativenzentrum, Weberstr. 7, 45879 Gelsenkirchen, und: Dieter Asselhoven, c/o Internationalismus-Referat/AL, AStA Uni Köln, Universitätsstr. 16, 50937 Köln, Tel. 0221/470-2992, (p) 0221/405 318.
Mitarbeit: PDS; Mitarbeit (angefr.): Gruppe oppositioneller Betriebsräte, Jobber-Ini Hamburg/Schwarze Katze.
Inhaltliche Stichworte: *Off. Grenzen für Kapital/Abbau sozialer Absicherungen/Angriff auf gewerkschaftl. Strukturen/Massenverelen-dung + Erwerbslosigkeit/Vernichtung v. Industrieregionen (Umstrukturierung) usw.*

Forum 4: "Ökoimperialismus und Naturzerstörung"
Verantwortlich: Ökologische Linke, Projektbereich Internationalismus der ÖkoLi, c/o Karin Döpke, Schulstr. 47, 80634 München, Te. 089/166 321.
Mitarbeit (angefr.): BUKO-Agrar-Koordination, Greenpeace, Robin Wood, BUND.
Inhaltliche Stichworte: *Renaissance d. Atomenergie: Export und Atomlobby? Patentierung von Leben, Gentechnik und Bevölkerungspolitik/ Naturzerstörung und Ausbeutung des Trikont durch die EU/Ökofaschismus - Die Besetzung der ökologischen Frage von Rechts etc.*

IV. Gegendemonstration

Samstag, 10. Dezember 1994 in Essen.
Genauer Ablauf in Vorbereitung.

V. Trägerkreis/Koordinationskreis

besteht (Stand Juli 1994) aus: Anti-EU-Gruppe Köln, Essener Bündnis, Ökogische Linke, SDAJ, BUKO, PDS. *"Die Beteiligung der Grünen ist erwünscht und wird erfragt".*

VI. Kontaktadressen Ökologische Linke

1) Ökologische Linke, **Projektbereich (PB) Internationalismus,** c/o Karin Döpke, Schulstr. 47, 80634 München, Tel. 089/166 321

2) Ökologische Linke, **Projektbereich (PB) Antifaschismus, ImmigrantInnen, Flüchtlinge,**
c/o Oliver Gorewitz, Droopweg 49, 20537 Hamburg, Tel. 040/210 14 23 (p) *und:* Arne Timmermann, Bethesdastr. 56, 20535 Hamburg, Tel. 040/5 127 16

3) Ökologische Linke, **Projektbereich (PB) Radikalökologie,** c/o Wolfgang Kühr, Hangelaerstr. 5, 53229 Bonn, Tel. 0228/168 76 34

4) **Ökologische Linke, Bundeskontaktadresse,** c/o Manfred Zieran Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/M., Tel. 069/59 92 70

HINWEIS UND EINLADUNG:

Wichtig wird die **3. Aktionskonferenz** am **10.9.1994.** Dort wird u.a. auch der Ablauf der Demo geplant. Alles weitere siehe Temine, S. 80.

WIDERSETZEN WIR UNS DIESEM EUROPA

Einladung zum 2. Vorbereitungstreffen des Anti-EU-Seminars in Berlin

Für alle die, die aufgrund des 'Sommerlochs' nicht mitbekommen haben, daß wir dieses Seminar planen und Lust haben, sich an einem solchen zu beteiligen, sei hier noch einmal kurz zusammengefaßt:

Im Rahmen der Gegenkampagne zum Treffen des Europäischen Rates im Dezember in Essen gibt es in mehreren Städten die Initiative, vorbereitende Seminare zu organisieren. Für uns in Berlin ist bisher noch offen, inwieweit wir uns direkt an der Mobilisierung beteiligen. Nichtsdestotrotz finden wir wichtig, ein Seminar zur Politik der Europäischen Union zu machen, weil wir an uns selbst und innerhalb der verbliebenen Linken festgestellt haben, daß dieses Thema in unseren Köpfen äußerst unterbelichtet ist. Erfreulicherweise waren schon beim ersten Vorbereitungstreffen sieben Gruppen u.a. aus dem internation./antifasch./antirass. und Ökospektrum sowie Einzelpersonen vertreten. Wir fänden es trotzdem gut, wenn das Seminar noch von weiteren Gruppen und Personen getragen würde. Bisher sieht es so aus, daß Arbeitsgruppen zu folgenden Themen im Entstehen sind:

- Die EU und Osteuropa
- (Ost)Europakonzeptionen der Neuen Rechten
- Europas ökoimperialistische Strategien
- Kolonialistische Politik der EU im Trikont und in anderen unterdrückten Regionen
- Feminisierung der Armut im Zeichen europäischer Politik
- Soziale und ökonomische Entwicklungen im Binnenmarkt Europas

Da diese aber bisher nur durch einzelne Leute abgedeckt sind, bedarf es noch dringend weiterer MitstreiterInnen. Wir sind auch offen für weitere Ideen, was die AGs betrifft.

Auf dem ersten Vorbereitungstreffen fanden u.a. Diskussionen zu folgenden Fragen statt:

- Perspektiven für einen gemeinsamen Widerstand gegen das zukünftige EU-Imperium
- Internationalistische Ansätze!?
- Europäische Identität - Was soll denn das sein?
- Illusionen über die Reformierbarkeit der EU

Auf dem nächsten Treffen soll u.a. diskutiert werden, wie diese und auch andere Fragen arbeitsgruppenübergreifend in dem Seminar diskutiert werden könnten. Ansonsten wird zur Debatte stehen, wie weit die Vorbereitungen in den Arbeitsgruppen gediehen sind und wie wir die praktische Umsetzung des Seminars auf alle Schultern verteilen können.

TERMIN:
AM: DO, DEN 8.9.1994, 19.00
IM: BAOBAB, WINSSTR.53,
10405 BERLIN

Dringender Aufruf des Ermittlungs-ausschusses

Seit geraumer Zeit gehen bei uns nur noch vereinzelt Gedächnisprotokolle ein. Gedächnisprotokolle sind für die Prozeßführung und Verteidigung eines Angeklagten/einer Angeklagten unter Umständen immens wichtig. Deshalb unser Apell:
Wenn ihr Zeuge/Zeugin eines Vorfalls (Bullenübergriff, Verhaftung etc.) während einer Demonstration oder einer Aktion werdet, verfaßt ein Protokoll über eure Beobachtungen und gebt es bei uns, dem Ermittlungsausschuß, ab. Falls ihr Fragen dazu habt, wie ein vollständiges Protokoll aussehen sollte, könnt ihr gerne bei uns Dienstags von 20 - 22 Uhr vorbeikommen.

Ermittlungsausschuß
Gneisenausstraße 2a
10961 Berlin
Tel. 6922222

Die Guerilla existiert nicht nur in Chiapas

(Mexiko-Stadt, Juli 1994, POONAL).- Wenn die Nationale Zapatistische Befreiungsarmee (EZLN) aus Chiapas bisher von Guerillagruppen in anderen mexikanischen Bundesstaaten sprach, so kam leicht der Verdacht auf, die "Zapatistas" wollten sich Mut machen. Doch trotz aller Dementis von Regierungsseite häufen sich in den letzten Wochen die Berichte über bewaffnete Guerillagruppen im ganzen Land. Das jüngste Beispiel ist eine Artikelserie in der Tageszeitung "La Jornada". Zwei Journalisten berichten über ihre Recherchen im südlichen Bundesstaat Guerrero. Dort hält sich nach ihren Informationen eine Befreiungsarmee des Südens (ELS) für den Aufstand bereit. Auf dem Land, in den Dörfern und in den Städten ist die Guerillapräsenz dem Bericht nach bekannt, nur die staatlichen Autoritäten wollen nichts gesehen haben.

Journalisten berichten über Guerillapräsenz in zahlreichen Bundesstaaten

Die staatliche "Blindheit" ist jedoch wenig überzeugend. Bereits vor einigen Wochen gab es Gerüchte über eine Guerilla in Guerrero. Damals entsandte die Armee etwa 6.000 Soldaten in die Bergregionen des Bundesstaates. Angeblich, um den Drogenhandel zu bekämpfen und einen Waffenschmuggel aufzudecken. Doch genauso gut kann das Ziel die Guerilla gewesen sein. Über deren Stärke ist nichts bekannt. Die Journalisten der Jornada zitieren ein Mitglied der Bewegung: "Wir wissen nicht wieviele, wir sind es alle." Offensichtlich sind einige Deserteure der Armee zu den Rebellen gestoßen, die große Mehrheit sind jedoch Indígenas und Campesinos. Ein Teil der Lehrerbewegung hat den Artikeln zufolge Kontakt zur Guerilla.

In Guerrero kann die Rebellion auf eine Tradition verweisen. Bereits Anfang der 70er Jahre lieferte eine kleine, aber schlagkräftige Truppe Aufständischer unter ihren Führern Lucio Cabañas und Genaro Vázquez (beides Lehrer) dem offiziellen Militär einen erbitterten Kampf.

In den Bergsiedlungen, dort wo die staatliche Autorität kaum mehr hinkommt, ist den Jornada-Mitarbeitern zufolge in fast jeder Hütte ein Bild von Cabañas, Vázquez und Emiliano Zapata zu finden. In jüngerer Zeit kam ein weiteres Foto dazu: von Subcomandante Marcos der EZLN.

Die Wochenzeitung Proceso berichtete Ende Juni von einer Landguerilla im Grenzgebiet der Bundesstaaten Hidalgo und Veracruz mit Verbindungen nach Tamaulipas und San Luis Potosí. Deren Anfänge reichen in die Zeit vor den Zapatistas zurück. Einige unzugängliche Gemeinden in dem Gebiet werden anscheinend bereits seit längerer Zeit von der Guerilla verwaltet. Inzwischen soll sie auf gut 2.000 zum Teil schwer bewaffnete Kämpfer und Kämpferinnen angewachsen sein, die zahlreichen Sympathisanten in der Bevölkerung nicht mitgezählt. Sinaloa, Michoacán, Oaxaca und Puebla sind weitere Bundesstaaten, die im Zusammenhang mit Guerillaaktivitäten genannt werden. Einige Beobachter gehen sogar davon aus, das es in nahezu der Hälfte der 32 mexikanischen Bundesstaaten eine Guerilla gibt. Die Gründe für die Entstehung sind immer gleich: Armut und Unterdrückung der Landbevölkerung, das heißt der Campesinos und Indígenas.

Marcos: Falls die Verhandlungen scheitern, gibt es Bürgerkrieg

Im Gegensatz zur direkten militärischen Konfrontation wie in Chiapas ist die Guerilla in anderen Regionen bisher im Verborgenen geblieben. Die Organisationsarbeit stand jahrelang im Vordergrund. Direkte Verbindungen zur EZLN sind bisher nicht bekannt. Doch sowohl La Jornada als auch Proceso erwähnen, in Guerrero, Hidalgo und Veracruz werde auf die Präsidentschaftswahlen vom 21. August und auf ein Signal aus Chiapas gewartet. Offensichtlich sprach Subcommandante Marcos in einem langen Interview im Juni nicht ohne Grund von einer gewachsenen EZLN im ganzen Land. Dies bezog sich auch auf die Guerillagruppen, die nicht als EZLN firmieren. Marcos sprach von einem "letzten Aufruf" für den friedlichen Übergang zur Demokratie - in ganz Mexiko. Die von den Zapatistas auf ihrem Gebiet für den 6. bis 9. August einberufene Nationale Demokratische Versammlung solle ein Baustein dafür sein. Derselbe Marcos prophezeit für den Fall des Scheiterns den Bürgerkrieg. Dann gäbe es "keinen Krieg zwischen zwei Armeen, sondern einen Krieg zwischen vielen Armeen". Über das Szenario in einigen Teilen des Landes macht er sich keine Illusionen: "Es wird keine Kontrolle geben... es bedeutet die Hölle."

INFORMATIONSZENTRUM FÜR
FREIE VÖLKER
NACHRICHTENBULLETIN TÜRKEI UND KURDISTAN

GENERALSTREIK IN DER TÜRKEI

4 Millionen ArbeiterInnen warnten die Regierung

Am 20. Juli reagierten 4 Millionen ArbeiterInnen in der Türkei auf das „Stabilisierungspaket" vom 4. April mit einem Generalstreik. 100 000 sende ArbeiterInnen strömten auf die Plätze und Straßen. An vielen Orten standen die Züge, Schiffe und die städtischen Busse still. Die Regierung versuchte mit allen Mitteln die Werktätigen vom Generalstreik abzuhalten und ihn auf ökonomische Forderungen zu beschränken.
Von der Privatisierung betroffene Betriebe, wie die Sümerbank, setzen die Beamtlnnen, ohne ihnen die ausstehenden Löhne zu bezahlen, in den Ruhestand. In den letzten drei Monaten wurden 600 000 ArbeiterInnen entlassen. Den ArbeiterInnen, Beamtlnnen, Kleinhändlern, kurz allen Werktätigen stehen in klarer Front die Regierung, die Faschisten und die Arbeitgeberorganisationen gegenuber. In der Öffentlichkeit wurde mit Drohungen vorgegangen und gesagt, daß der Generalstreik der Türkei schaden würde. Es wurde mit Entlassung im Falle einer Beteiligung gedroht. Der Vorsitzende der Stadtverwaltung in Ankara verbot den Beamtlnnen am 20. Juli sogar krank zu werden, anderenfalls würden Untersuchungen eingeleitet. Nachdem sich abzeichnete daß die Werktätigen sich nicht von ihrem Streikentschluß abhalten lassen wurden, versuchte die Regierung mit Hilfe der gelben Gewerkschaften (Turk Is) ihn abzuschwachen.
Trotzdem legten 4 Millionen Werktatige die Arbeit nieder. Hunderttausende trugen mit verschiedenen Aktionsformen ihren Widerstand auf die Straßen. In Istanbul standen die städtischen Autobusse still und nach 9.00 Uhr legten keine Schiffe mehr ab. Die ArbeiterInnen von TEK unterstützten den Streik, indem sie für über eine Stunde den Strom abdrehten. Der Generalstreik wurde zu einem der stärksten Ausdrucke der Einheit zwischen den ArbeiterInnen und Beamtlnnen. 23 Beamtlnnengewerkschaften aus verschiedenen Arbeitszweigen beteiligten sich am Generalstreik. Unterstützt wurde der Generalstreik auch von anderen Massenorganisationen und den revolutionären KünstlerInnen, wie Grup YORUM. In einigen Stadtteilen Istanbuls erreichte Devrimci Sol Gücler durch gute Basisarbeit, daß alle Kleinhandler ihre Läden geschlossen hielten. Am Morgen des 21. Juli wurde ein Buro der Refah Partei in Istanbul, die Massenentlassungen in den Stadtverwaltungen durchgeführt hat, mit Molotow Coctails angegriffen. Die Einheit gegen Ausbeutung und Repression, in der auch die Plattform für Rechte und Freiheiten ist, verteilte 40 000 Flugblätter mit dem Aufruf „Von den Arbeitsstellen auf die Plätze. Es lebe der Generalstreik/Generalwiderstand gegen Ausbeutung und Repression". 150 000 Sonderausgaben der Zeitung Isci Hareketi (Arbeiterbewegung) und 300 000 Handzettel wurden verteilt.
Es kam zu Angriffen der Polizei. In Gulsuyu/ Istanbul wurden 50 Personen verprugelt und festgenommen. Ein Demonstrationszug der von der Cevizli Tabak Fabrik aus losdemonstrieren wollte, wurde angegriffen. Durch den Gummiknüppeleinsatz der Polizei kam es zu vielen Verletzten. Unter ihnen Selahattin Ertas aus der Leitung von Bem Sen/asiatische Seite und Ercan Atmaca, der Vorsitzende der 1. Abteilung von Yol Is. Auch auf dem Kartal Platz wurden Werktatige festgenommen. Ein Demonstrationszug von 1000 ArbeiterInnen der Bakirkoy Sumerbank auf der europäischen Seite wurde von Sondereinsatzkommandos mit Schlagstöcken angegriffen. Es gab viele Verletzte. Der Polizeipräsident Necdet Menzir versuchte am Abend im Fernsehen die Polizeiangriffe zu legitimieren.
Am Ende einer Demonstration in Zonguldak wurden 10 Personen zu Boden geprügelt, festgenommen und zur Anti-Terror Abteilung in Zonguldak gebracht. Unter ihnen ein Redakteur der Zeitung Isci Hareketi.
In Ankara wurden Polizeiketten errichtet, um den städtischen ArbeiterInnen von Altindag den Zutritt zur Kundgebung auf dem Sekaryaplatz zu verhindern.
Die Medien versuchten die Beteiligung und die Bedeutung des Generalstreiks herunterzuspielen.
Die Forderungen der ArbeiterInnen und Beamtlnnen, die sie am 20. Juli lautstark zum Ausdruck brachten sind: die Wiedereinstellung der entlassenen ArbeiterInnen, die Beendigung von Privatisierung und Ubergabe staatlicher Betriebe an Subunternehmer, die Rücknahme des Ausbeutungs- und Repressionspaketes vom 5. April, die Anerkennung des Streik-, Tarifverhandlungs- und Gewerkschaftsrechtes für die Werktätigen des Öffentlichen Dienstes und die Beendigung der Ausbeutung des Volkes durch das von den imperialistischen Institutionen angeordnete „Stabilisierungspaket", sowie die Beendigung aller antidemokratischer Maßnahmen.
Der 20. Juli wurde zu einem wichtigen Signal in einer Phase der massiven Massenentlassungen, verstärkten Angriffe an den Arbeitsplätzen und den massiven Preiserhohungen, von denen die gesamte Bevölkerung betroffen ist.

Mücadele 23. Juli 1994

Kurdistan/ Dersim:

Die Bevölkerung wird ausgehungert

Seitdem in Dersim eine deutliche Entwicklung der Guerillaaktivitäten eingesetzt hatte, konzentrierte die Regierung ihre Militärangriffe auf dieses Gebiet. Wegen der Jahrzehnte bestehenden Sympathie der Bevölkerung und der Unterstützung des Widerstandes sollen die Angriffe die Unterstützung der Guerilla durch die DorfbewohnerInnen verhindern, sowie die Bevölkerung still halten. Der Landkreis wird vom Militär umzingelt und kontrolliert. Bei Straßenkontrollen werden Lebensmittel und Medikamente beschlagnahmt. Jeder Dorfbewohner durchläuft auf dem Weg vom Dorf in die Kreisstadt wenigstens zwei Kontrollen. Bei der ersten werden Listen über die mitgeführten Gegenstände aufgeführt, bei der zweiten gezielte Befragungen durchgeführt. Nach Berichten werden Lebensmittel, deren Gewicht 1 Kilo übersteigt, beschlagnahmt. Das Verbot beinhaltet ebenso das Mitführen von mehr als einer Tüte Mehl. Durch dieses Embargo ist die Bevölkerung dem Hunger ausgesetzt.
Von dem Staatsterror sind ebenso die Beamtlnnen betroffen. Ohne Genehmigung der zuständigen Behorde in Tunceli dürfen sie ihren Aufenthaltsort nicht verlassen. Erhalten sie die Erlaubnis, sind sie gezwungen die Anfahrt in einem Panzer vorzunehmen. Selbst im Falle einer ernsthaften Erkrankung müssen sie sich erst die Erlaubnis für die Einweisung ins Krankenhaus holen. Wenn es um die Präsenz von staatlichen Beamtlnnen geht, kann man in Bezug auf die Bergregionen ohnehin nur noch von Polizei und Militär sprechen. Weil der Großteil der Schulen und Gesundheitsstationen geschlossen sind, können die LehrerInnen, Hebammen und Krankenschwestern ihren Dienst nicht ausüben. Das Embargo wurde durch ein Ausgehverbot im gesamten Landkreis Dersim nach 17.00 Uhr eingeleitet. 6.8.94

Eine "neue" Konterguerillamethode...

Eine bisher in der Türkei noch nicht angewendete Konterguerillamethode wird seit Anfang Juli in dem Landkreis Hani/ Diyarbakir und Genc/Bingol angewandt. Zwischen 5-6 Dörfern wird ein vorübergehendes Sammellager aufgebaut. Das Militär beginnt in das Gebiet einzudringen und greift sofort die Dörfer der Umgebung an. Nachdem die Dörfer, Felder und das Vieh niedergebrannt sind werden die DorfbewohnerInnen gefoltert und in die Camps gebracht. Nach dieser Methode wurde in den Dörfern des oben genannten Landkreises vorgegangen. Am 7. Juli wurden die Dörfer angegriffen und die DorfbewohnerInnen ohnmächtig und halbtot geschlagen und in Camps gebracht. Dort fand, wie in den Konzentrationslagern eine Trennung nach Frauen, Kindern und Männern statt und die Menschen erhielten nichts zu Essen und nichts zu trinken. Im Anschluß wurden sie, als ob sie befreit würden, freigelassen.

Mücadele 30. Juli 1994

Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan vom 9. Mai - 10. Juli 1994

53 Tote unter der Festnahme
73 Verschwundene unter der Festnahme
29 Tote durch die Konterguerilla
63 von staatlichen Kräften getötete Zivilisten
1176 Festnahmen
108 Dörfer leergeraumt und niedergebrannt
45 Dörfer unter einem Lebensmittelembargo
54 Dörfer angehörige Felder und Wälder niedergebrannt
2850 DorfbewohnerInnen wurden in Sammellager geschickt
4 Dorfschützer, die die Waffen niederlegten von Regierungskräften erschossen, sowie 8 verletzt

Di sala Deh saliya Mirina Wî da Biranîna
Am 10. Todestag gedenken wir
10. Ölüm Yıldönümünde anıyoruz

YILMAZ GÜNEY

MusikerInnen

Ferhat TUNÇ
Fuat SAKA
Ali Ekber EREN
Nilüfer AKBAL
Şah TURNA
Volkan YAĞAN
Ozan ŞERVAN

Musikgruppen

Grup KIZILIRMAK
Grup MUNZUR
DERDİYOKLAR
Grup ENTERNASYONAL
Grup ÖZGÜRLÜK SAVAŞÇILARI

Personen

Fatoş GÜNEY (Yılmaz Güney Vakfı)
Halil ERGÜN (Ç. S. Oyuncular Derneği)
İlyas EMİR (Y G Vakfı Destek Derneği)

Datum: 9. Sept. 1994 • Zeit : 17.00 Uhr
Ort : Straße des 17. Juni
U-Bahn Ernst Reuter Platz
Technische Uni / Berlin
Audi - Max

Veranstalter:
YILMAZ GÜNEY Stiftüng-
UNTERSTÜTZUNGSVEREIN
Solingerstr. 1/A • 47166 Duisburg
Tel.: 0203/548723 • Fax: 548823

Mitveranstalter:

WIR GEDENKEN YILMAZ GÜNEY !

Wir gedenken Yilmaz Güney an seinem 10.Todestag. Er wurde von unseren Völker geliebt und sie haben seine Leiden mit ihm geteilt. Dieses Jahr ist ein besonderes und wichtiges Gedenkjahr für uns.

Yilmaz Güney war ein Mensch, der gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung unermüdlich Widerstand geleistet hat und er war fest an der Seite der Kämpfe unserer unterdrückten Völker. Seine Kunst - Der Künstler des Volkes muß gleichzeitig ein Kämpfer für das Volk sein - hat er von seiner politischen Weltanschauung nicht getrennt.

Yilmaz Güney war ein internationalistischer revolutionärer Künstler kurdischer Herkunft. Er ist entschieden sowohl gegen die nationale als auch gegen die Klassenunterdrückung aufgetreten und stand den faschistischen Künstlern diametral gegenüber. Er war einer der wenigen KünstlerInnen, der für eine soziale Revolution, für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und der Werktätigen Partei ergriffen hat. Yilmaz Güney hat bewußt, die ihm angebotenen bürgerlichen Möglichkeiten abgelehnt, und ist trotz aller Bestechungsversuche der Bourgeoisie auf der Seite der Werktätigen geblieben. Lange Jahre seines Lebens hat er in Knästen verbracht. Yilmaz Güney hat die Knäste zu einer Kampfarena umfunktioniert. Viele seiner Werke hat er im Knast vorbereitet.

Um seine revolutionären Werke und seine Weltanschauung lebendig zu halten, rufen wir alle AnhängerInnen und FreundInnen von Yilmaz Güney auf, die von uns organisierten Gedenkveranstaltungen zu unterstützen. Kommt und laßt uns Yilmaz Güney zusammen gedenken. Nicht Trauerlieder sollen wir singen, sondern kämpferisch tanzen. Laßt uns die Freiheitslieder gemeinsam singen. Wie sehr wir ihn lieben und wie wir ihn vermissen, das werden wir alle empfinden. Nicht einzelne, getrennte Veranstaltungen, sondern gemeinsame Veranstaltungen laßt uns organisieren. Yilmaz Güney werden wir nicht nur in unseren Herzen, sondern auch in unseren Kämpfen weiter leben lassen.

10 Jahre nachdem Yilmaz Güney uns verlassen hat, werden wir sein politisches und künstlerisches Erbe lebendig halten und begeistert seiner gedenken.

Wir rufen Euch alle auf diese Begeisterung mit uns zu teilen.

YILMAZ GÜNEY IST UNSTERBLICH!

Unterstützungsverein für Yilmaz Güneys Werk

Erwachsen werden ist für uns kein Fortschritt !!!

Zusammengefaßt haben wir daher keine Lust, dem autonomen Kongreß nur als Mobilisierungsmasse zu dienen. Vielmehr wollen und müssen wir ab jetzt unsere Formen und Inhalte einfordern; einerseits gegenüber den Alten, andererseits aber auch von uns selbst. Daher haben wir in Berlin eine von den Alten getrennte Vorbereitung begonnen. Leider war bisher die Resonanz darauf nicht sehr groß, jedoch wurde bei diesem ersten Vorbereitungstreffen an der Idee festgehalten, weiterhin dafür zu mobilisieren. Folgende Punkte, welche dem Kongreß für uns einen Sinn geben könnten, diskutierten wir an:

- Das Finden von neuen politischen Wegen und Freiräumen (z.B. Politik nach dem "Lust- und Bockprinzip")
- Das Formulieren von "positiven Werten", anstelle des ewigen Gegen-was-sein
- Das Bestimmen unserer eigenen Position in dieser Gesellschaft
- Das Kennenlernen, Austauschen und Diskutieren mit anderen Menschen (auch auf kultureller Basis)
- Das Finden von Gemeinsamkeiten mit den Alten (z.B. den Begriff "Autonomie" diskutieren)
- Das Politische ist Privat

Wir wissen zwar, daß viele von den oben genannten Gründen auch bei den Alten die Motivation für den Kongreß dartsellen, dennoch können wir uns immer noch eine zeitweilige räumliche Trennung von den Alten auf dem Kongreß gut vorstellen. Dafür brauchen wir aber mehr Beteiligung, da wir allein die ganze organisatorische Arbeit nicht tragen können. Letztendlich wollen wir auch eine bundesweite Vorbereitung, deswegen kommt entweder zum allgemeinen bundesweiten Vorbereitungstreffen nach Kassel und nehmt dort Kontakt zu uns auf oder schreibt uns.

Kontaktadresse:

SPUK
Potsdamer Str. 180
10783 Berlin

Für alle BerlinerInnen findet eine Woche nach Kassel das 2. berlinweite Vorbereitungstreffen statt.

Bringt euch und eure Ideen ein!

Nächstes allgemeines bundesweite Vorbereitungstreffen 27./28. August in Kassel
(Für genauere Zeit- und Ortangaben bitte weitere Veröffentlichungen abwarten)

Nächstes berlinweites Jugendkongressvorbereitungstreffen am 4 . September um 15 Uhr im blauen Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Gegen Verständnisschwierigkeiten: Wir meinen mit "jugendlich" nicht nur Menschen bis zur bürgerlichen Meßlatte 18 Jahre, sondern alle Menschen mit wenig politischer Praxis. Also schämt euch nicht eures Alters und kommt vorbei.

Berliner Jugendvorbereitungsplenum

Bitte kopieren und an andere Jugendgruppen weitergeben.

AB SEPTEMBER
GIBT'S IM **EX**
JEDEN
1. SONNTAG
BRASILANISCHE
+
3. SONNTAG
BANGLADESISCHE
HELLS KITCHEN
DEN 2. + 4. KOCHEN
DIE EXEN!



VERANSTALTUNG ZUR AKTUELLEN SITUATION
IM BASKENLAND



VIDEO
DISKUSSION
ESSEN
MUSIK-VIDEO
NEGU GORRIAK ★

WO? SYNDIKAT
WEISESTR., NEUKÖLLN
WANN? 28.8.94 20[30] Uhr

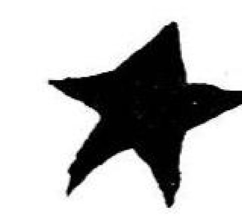
AMNISTIAREN ALDE

VIDEOKINO IM K.O.B.
ZEIGT
SO 28.8 20[30]
»Incident at Oglala"
Dok film von Michael Apted u. R. Redford
Film über die Vorfälle die zur Verhaftung Leonard Peltier's führten und die FBI Metoden gegen AIM Aktivisten aufzeigt



BEGINN IMMER 20.30 UHR (PÜNKTLICH)

ein weiteres



FRAUEN/LESBEN-FRÜHSTÜCK MIT ANSCHLIEßENDER DISKUSSION AM 11.09.94 AB 11 UHR IM FRAUENRAUM (MEHRINGHOF)

Wir sind ein Bündnis, das Aktionen und Strategien gegen die aktuelle imperialistische Politik der BRD plant und durchführt.

Wir wollen uns gleichzeitig mit dem Begriff "Imperialismus" auseinandersetzen, um eine gemeinsame Basis zum Handeln zu haben.

Die Diskussion wird in längeren Abständen regelmäßig stattfinden.

Parallel dazu werden vom Bündnis weitere Aktionen vorbereitet.

Beim letzten Frühstück am 19.06. haben wir anhand des Textes **"Imperialismus heute" von Karam Khella** diskutiert und uns für dieses Treffen auf **Lenin: "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"** als Diskussionsgrundlage geeinigt. Eine Frau bereitet den Text vor und wird ihn referieren.

Den Text von Lenin gibt es im Schoko-Café (Mariannenstr. 4). und im Frauenraum (Meringhof zu den Caféöffnungszeiten)

und außerdem

Frauen/ Lesben die Interesse und Ideen haben an Aktionen gegen die Bundestagswahlenam 16. Oktober, laden wir zur gemeinsamen Diskussion ein... um 15°° imFrauenraum

Alles findet statt im Frauenraum im Mehringhof (Gneisenaustr. 2a, 2.HH, 4.Etage).

Für Getränke werden wir sorgen, bringt bitte selbst etwas zu essen mit!

FRAUEN/LESBEN-BÜNDNIS GEGEN IMPERIALISTISCHE KRIEGE

Ein buntes Fest für neue Kraft !

Wir feiern gemeinsam ein

Antifaschistisches Straßenfest

in der Nehringstraße
(Charlbg. / Nähe Schloß)
am Samstag, 27. August
12.00 bis 22.00 Uhr

Stände
Tanz
Feuer
Kinderprogramm

BANDS:
GASTRIC 'FLU
STUNX
Bonobo soundbag
Blindmachine
TESTERS u.a.

SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN ANTIFAS !



Veranstalter: Verein zur Förderung von natur- und menschengemäßer Lebensweise e.V.

& Antifa Charlottenburg

SOLIFETE

für die gefangenen Antifas

mit DJ-Musik,
Spass &
mehr

Lychner Str. 60, im Prenzelberg

am Freitag , 2.9.94 21Uhr